



Evangelische Verantwortung

Neue Hoffnung für Südafrika

Karl-Heinz Hornhues

Im Schatten der atemberaubenden Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ist die Situation im südlichen Afrika etwas aus dem Blickwinkel der öffentlichen Betrachtung geraten. Dabei machen sich nun auch hier „neues Denken“ und „Umgestaltung“ bemerkbar. Die Abnahme der Blockkonfrontation und das gemeinsame Interesse der Großmächte an einer Beilegung regionaler Konflikte bieten auch für das südliche Afrika neue Chancen zur Überwindung scheinbar unüberwindlicher Gegensätze.

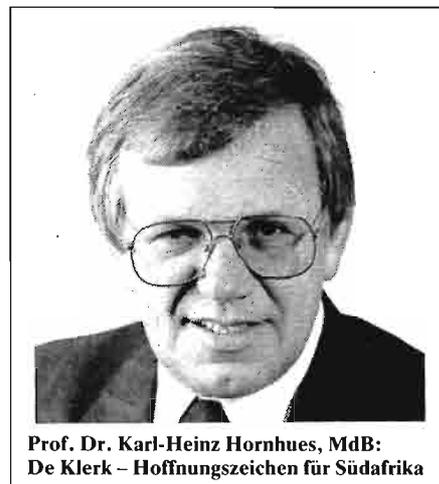
Ein Hoffnungszeichen für Südafrika war die Wahl des eher liberalen Politikers de Klerk zum Vorsitzenden der regierenden National Party und zum Präsidenten Südafrikas. Er trat die Nachfolge des von seiner eigenen Partei gestürzten P. W. Botha an, der zu durchgreifenden Reformen nicht fähig war. Der neue südafrikanische Präsident de Klerk hat in seiner Rede zur Parlamentseröffnung Anfang Februar 1990 einschneidende Maßnahmen zur Veränderung der politischen Landschaft Südafrikas angekündigt. Dazu gehörten die Enttarnung des ANC und des PAC, die teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung Nelson Mandelas. Die unmittelbare rechtliche Umsetzung der in de Klerks Rede angekündigten Maßnahmen – wie die sofortige Aufhebung des ANC-Verbots und der Presserestriktionen – und die mittlerweile erfolgte Freilassung Nelson Mandelas verdeutlichen, daß die neue südafrikanische Reformpolitik ernst gemeint ist. Der südafrikanische Präsident hat damit wichtige Schritte unternommen, die Südafrika zum inneren Ausgleich führen und seine internationale Isolierung beenden können.

Modell des „runden Tisches“

De Klerk wird aber noch einen weiteren Schritt nach vorne tun müssen: Der Ausnahmezustand sollte schnellstens vollständig aufgehoben und alle politischen Gefangenen freigelassen werden. Damit wäre dann das größte Hindernis auf dem Weg zu

direkten Verhandlungen der südafrikanischen Regierung mit der schwarzen Opposition aus dem Weg geräumt. Das Modell des „runden Tisches“ könnte dann auch für Südafrika zur Grundlage für Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition werden, an deren Ende eine gerechte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am öffentlichen und politischen Leben steht.

Der südafrikanische Präsident de Klerk und der Vizepräsident des ANC Nelson Mandela haben sich mittlerweile über die Aufnahme von Gesprächen geeinigt und kontinuierliche Kontakte vereinbart. Diese Gespräche könnten dann eine Art Vorverhandlungen über den Beginn eines Dialoges zwischen den widerstreitenden gesellschaftlichen Gruppen Südafrikas sein.



Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, MdB:
De Klerk – Hoffnungszeichen für Südafrika

*Liebe Leserinnen
und Leser,*

die Reformansätze in Südafrika sind für uns Anlaß gewesen, uns intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Drei Autoren kommen im folgenden zu Wort (S. 1–5), wenn es um Beurteilung der aktuellen Lage im Süden des Kontinents geht.

Einladen möchten wir Sie nochmals zum ersten Deutschland-Forum des EAK, das am 4.6.1990 in Berlin (Ost) in der **Kongreßhalle am Alexanderplatz** (nicht CDU-Geschäftsstelle) stattfindet (siehe auch letzte Seite). Über das Thema 'Ein Volk durch Gerechtigkeit' werden wir mit Theologen, Politikern und wichtigen Repräsentanten der friedlichen Revolution in der DDR sprechen.

Seit der 'Wende' nutzen viele kirchlich interessierte Bürgerinnen und Bürger in der DDR die Möglichkeit, die 'Evangelische Verantwortung' zu bestellen. Vielleicht haben Sie in Ihrem Bekanntenkreis auch einen möglichen Interessenten. Teilen Sie uns dann diese Adresse mit, an die wir gerne ein Probeexemplar und einen Bestellschein schicken.

*Ihre
Redaktion*

Problembeladene Ausgangslage

Der Erfolg des Reformprozesses in Südafrika ist von zwei Seiten bedroht. Es gibt deutliche Rivalitäten zwischen den politischen Organisationen der Schwarzen in Südafrika, die zum Teil auf alte Stammesgegensätze zurückzuführen sind. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Kwa-Zulu-Premiers und Führers der gemäßigten Inkatha-Bewegung, Mongosuthu Buthelezi, und den radikalen Sympathisanten des ANC und der ihm nahestehenden „United Democratic Front“ (UDF) in der Provinz Natal machen deutlich, wie brisant die Situation ist. Hinzu kommen Putsche und Auseinandersetzungen in den von Südafrika geschaffenen sogenannten selbständigen schwarzen Staaten, deren Bevölkerung die Reintegration in die Republik Südafrika will. Hier werden noch alte Rechnungen mit den verhassten von Südafrika eingesetzten Machteliten beglichen.

Gerade diese Auseinandersetzungen, die Hunderte von Toten kosteten, und das fortbestehende Bekenntnis des ANC zur Anwendung politisch motivierter Gewalt bieten nun den Anhängern der Apartheid, die sich vor allem in der „**Conservative Party**“ des Pastors Treurnicht gesammelt haben, die Gelegenheit, Ängste vor Gewalt und Chaos unter einer Herrschaft der schwarzen Mehrheit zu schüren. Die Anhänger der Conservative Party, bei den letzten Parlamentswahlen noch die großen Verlierer, könnten so auch vor dem Hintergrund einer tiefen ökonomischen Krise des Landes – zum Bremsen auf dem Weg zu substantiellen Reformen in Südafrika werden.

Positive Impulse und Ansätze

Trotzdem gibt es Grund zum Optimismus. Beide Seiten, Schwarze wie Weiße, verfügen über starke Führerpersönlichkeiten, die bei ihrer jeweiligen Klientel auch unpopuläre Maßnahmen durchsetzen können. Präsident de Klerk, der fest im Sattel sitzt und in seiner Partei unumstritten ist, hat mit Nelson Mandela einen Gesprächspartner gefunden, der weit über die Anhängerschaft des ANC hinaus anerkannt ist und kraft seiner politischen und moralischen Autorität auch den Ausein-

dersetzungen innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ein Ende bereiten könnte. Hinzu kommt, daß mit dem Ende des militärischen Engagements Südafrikas in Angola und Mozambique, und der nunmehr erfolgten Unabhängigkeit Namibias äußere Konflikte beigelegt sind und Südafrika sich nun auf die Lösung seiner eigenen Probleme konzentrieren kann – und muß!



Hier zeigen sich bereits positive Impulse. Im neuen Haushaltsplan Südafrikas wird das Verteidigungsbudget nach dem Rückzug der südafrikanischen Streitkräfte aus den Nachbarländern drastisch gekürzt. Eingesparte Mittel in Höhe von 3 Milliarden Rand werden umgeleitet für Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und Wohnungsbau für Schwarze. Überdies führt die nun möglich gewordene Halbierung der Wehrdienstzeit Arbeitskräfte wieder der Wirtschaft zu und verhindert die Auswanderung junger Wehrpflichtiger.

Wenn das südafrikanische Reformprojekt Aussicht auf Erfolg haben soll, ist es unabdingbar, daß alle Konfliktparteien einsehen, daß es **keine Befriedigung von Maximalforderungen** geben kann. Nur ein gerechter Interessenausgleich auf der Basis von gleichberechtigten Verhandlungen kann das Fundament für eine friedliche Transformation der südafrikanischen Gesellschaft sein. Dies wird aber nur möglich sein, wenn Südafrika auch auf wirtschaftlichem Gebiet Stabilität erlangt, wenn es Wohlstand und Wachstum zu verteilen gibt. Dazu ist die Überwindung der internationalen Isolation des Landes notwendig.

Die Sanktionspolitik des Auslandes hat in Südafrika zu Kapitalflucht, Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Einkommens-

einbußen geführt. Sie hat damit

aber auch die Grundlage dafür gelegt, daß bei großen Teilen der weißen Elite die Einsicht gewachsen ist, daß das System der Apartheid weder konservierbar noch reformierbar ist und stattdessen schnell überwunden werden muß.

Die Wahl de Klerks zum Präsidenten ist Resultat dieser Entwicklung. Er muß nun rasch Erfolge vorweisen und weitere Schritte einleiten, die dem Ausland den Abbau bestehender Sanktionen ermöglichen. Die Freilassung Nelson Mandelas und die Lockerungen des Ausnahmezustandes haben bereits das Europäische Parlament, den amerikanischen Kongress und das Commonwealth dazu gebracht, ihre Haltung zu überdenken. London hob das Verbot neuer Investitionen auf, und das niederländische Parlament setzte die Verabschiedung eines Gesetzes aus, das holländischen Unternehmen die Errichtung neuer Anlagen in Südafrika untersagt hätte. Die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung aller politischer Gefangenen würden sicherlich zu einer Neubewertung der Situation in Südafrika führen und es dem Ausland ermöglichen, die Entwicklung in Südafrika positiv zu sanktionieren.

Mit positiven Maßnahmen den Reformprozeß begleiten.

Die Südafrika-Politik der CDU/CSU-Bundesregierung hat sich vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen als richtig erwiesen. Wir haben konsequent die südafrikanische Regierung zu Reformen gedrängt, ohne die Weißen in Südafrika in eine Wagenburg-Psychose zu bringen. Als falsch erwiesen hat sich die hartleibige Boykott-Politik der Opposition, die gerade auch in der jetzigen Situation eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Südafrika verlangt. Diese Politik würde auch der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas zum Nachteil reichen und die Gefahr heraufbeschwören, daß sich undifferenzierter wirtschaftlicher Druck in noch schlimmeren Gewaltausschreitungen Luft verschafft.

Bei einer erfolgreichen Weiterführung der Reformpolitik de Klerks mit dem Ziel der Überwindung der Apartheid wird sich das Verhältnis der Bundesrepublik und der anderen westli-

chen Staaten zu Südafrika sicherlich normalisieren. Die Bundesregierung sollte mit positiven Maßnahmen den südafrikanischen Reformprozeß begleiten und insbesondere ihre Bemühungen im Aus- und Fortbildungsbereich mit Blick auf die schwarze Bevölkerung verstärken.

Eines allerdings muß den Weißen in Südafrika klar sein: Auf Dauer werden sie sich der Forderung des ANC nach voller politischer Gleichberechtigung aller Südafrikaner in einem ungeteilten Südafrika nach dem Motto „One man, one vote in an unitary system“ nicht widersetzen können. Der Wunsch der weißen Minderheit nach Garantien, die sie vor einer Majorisierung durch die schwarze Mehrheit schützen, wird sicherlich nur für eine Übergangsfrist zu verwirklichen sein. Die Dauer dieser Übergangsphase müßte Verhandlungssache sein.

Unzweifelhaft ist, daß wenn die politische Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit anerkannt ist, sich Minderheitenrechte auf Dauer nicht gegen das demokratische Mehrheitsprinzip behaupten können werden. Dies scheint auch der südafrikanische Verfassungsminister Gerrit Viljoen so zu sehen, der kürzlich ankündigte, daß die Nationalpartei dabei ist, ihre Macht in den kommenden Jahren abzugeben.

Vielleicht kann ja das unabhängige Namibia eine Vor- und Katalysatorfunktion für die weitere Entwicklung in Südafrika haben. Die überwiegende Mehrheit der dort lebenden Weißen ist im Lande geblieben im Vertrauen auf die in der Verfassung garantierten allgemeinen Grundrechte und nicht, weil sie sich Minderheitsrechte gesichert hätte.

Wenn das Modell Namibia erfolgreich verläuft, wenn Namibia ein demokratischer Rechtsstaat mit Marktwirtschaft und Privateigentum bleibt, werden die Weißen in Südafrika eher dazu bereit sein, ihre Macht an eine demokratisch legitimierte Regierung, die die Mehrheit des Volkes repräsentiert, zu übergeben.

Ann.:

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, MdB, ist seit 1983 Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Parlamentariergruppe.

Verwandelt sich Südafrika?

Volkmar Köhler

In diesen Tagen begannen die ersten offiziellen Gespräche zwischen den politischen Vertretern der schwarzen Mehrheit und der weißen Regierung in Südafrika. Vorangegangen waren informelle Kontakte bereits im Herbst des vorigen Jahres. Es werden „talks about talks“ sein, aber noch keine formellen Verhandlungen. Will Präsident de Klerk wirklich das Ende der Apartheid und eine tiefgreifende Wende?

Vieles spricht für ihn: Namibia ist frei. Nelson Mandela ist endlich wieder die Führung des ANC übernehmen, dessen Verbot aufgehoben wurde. Die Politik Südafrikas gegenüber Angola und Mozambique hat sich zum Konstruktiven gewendet, und vor dem Parlament hat Präsident de Klerk die vollständige Beseitigung der Apartheid angekündigt. Aber es bleiben der Ausnahmezustand und harte Polizeieinsätze. Wie die Homeland-Politik, die in der bisherigen Form offenbar gescheitert ist, verändert werden soll, ist noch offen.

„Die Verhandlungspositionen beider Seiten sind noch weit voneinander entfernt.“

Auf der anderen Seite hat Nelson Mandela das Existenzrecht der weißen Minderheit in dankenswerter Weise anerkannt. Aber es fällt ihm sichtlich schwer, die Radikalität der verschiedenen Flügel seiner Bewegung in den Griff zu bekommen. Er fordert harte Fortsetzung der Sanktionspolitik. Ein Verzicht des ANC auf Gewalt bei der Durchsetzung seiner Ziele ist leider noch nicht ausgesprochen worden. Strebt der ANC einen Einparteiensstaat an? Noch weniger ist klar, ob er nicht eine dirigistische Staatswirtschaft anstelle der, freilich mit hohem Staatsanteil durchsetzten, gegenwärtigen Marktwirtschaft einführen will.

Positionen annähern

Die Verhandlungspositionen beider Seiten sind noch weit voneinander entfernt. Die Regierung beansprucht, die Weißen, Inder und Farbigen zu vertreten und will über die Integration der Schwarzen in das politische System sprechen. Der ANC fordert die Übergabe der Macht an die Mehrheit. Südafrika steht offensichtlich vor einem langen und mühsamen Weg.

Unsere Interessen in Südafrika beschränken sich nicht auf Namibia. Wir tragen in den Augen aller Beteiligten auch eine Verantwortung für die Republik Südafrika, zumal wir dort wirtschaftlich große Interessen haben und zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern des Landes gehören. Dementsprechend fordert die eine Seite von uns, die EG-Wirtschaftssanktionen aufzuheben, während Mandela ihre Verschärfung wünscht. Wir Deutschen können nicht einfach zuschauen und der wirksamen Geheimdiplomatie der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens allein das Feld überlassen. Auch die für unser politisches Weltbild und unsere Wertvorstellungen selbstverständliche Forderung, daß die Apartheid beseitigt werden müsse, genügt allein nicht mehr.

Chance auf Ausbildung und Beruf

Gefragt von uns ist ein tieferes und auf konkrete Einzelfragen ausgerichtetes Engagement. Natürlich ist klar, daß die Südafrikaner selbst ihren Weg in eine friedliche und menschenwürdige Zukunft finden müssen. Aber der Dialog muß vertieft und verbreitert werden, wenn unsere Glaubwürdigkeit nicht Schaden leiden soll.

Wir sollten beiden Seiten mit unseren Erfahrungen zur Verfügung stehen. Auch in Afrika interessiert die Frage, ob Einparteiensysteme nicht gerade in Europa ihre Untauglichkeit erwiesen haben. Genauso ist es ein Thema, ob das Experiment einer dirigistischen Staatswirtschaft nach allen Erfahrungen



Dr. Volkmar Köhler, MdB: „Ein neuer Weg zu Frieden und Wohlstand muß gefunden werden“.

in Mittel- und Osteuropa noch einmal gewagt werden sollte. Wir müssen davon abraten, denn das dringlichere Erfordernis für Südafrika ist es, wieder eine wirtschaftliche Prosperität zu erzeugen, die für Hunderttausende von jungen Menschen, vorwiegend aus der schwarzen Mehrheit, eine Chance auf Ausbildung und Beruf bietet.

Südafrika leidet heute am meisten darunter, daß die Banken und Investoren in der Welt das Vertrauen in eine politische Lösung des Südafrika-Problems verloren haben. Dies ist die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise viel mehr, als es die Sanktionen sind. Südafrika steht vor schwierigen Umschuldungsverhandlungen. Dies alles drängt auf konstruktive Antworten und nicht nur auf eine Wiederholung politischer Formeln, die wir schon jahrelang gehört haben.

Wenn der politische Prozeß zu einer friedlichen Evolution des Landes überzeugend fortschreitet, dann ist es eine entscheidende Aufgabe, die wirtschaftlichen Grundlagen für diese Entwicklung zu stabilisieren, denn Not, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sind keine Grundlagen für das Zusammenleben der Völker in Südafrika. Wir müssen entscheiden, wann es an der Zeit ist, Südafrika auch die Integration in die Handelssysteme dieser Welt anzubieten als Gegenleistung für Fortschritte auf dem Weg des friedlichen Ausgleichs. Es ist erkennbar, daß das Land Probleme hat, die es auch nicht

allein lösen kann. Der Ausbau eines wirklich leistungsfähigen Bildungssystems für die schwarze Mehrheit überschreitet personell und zum Teil auch finanziell die Kapazitäten des Landes. Also müssen wir uns fragen, wann und unter welchen Umständen Hilfe gewährt werden kann, wenn sie gewünscht wird.

In allen diesen Fragen sollten wir ehrliche Berater sowohl der schwarzen Mehrheit wie der weißen Regierung sein. Allein eine Politik des Drucks und der Maximalforderungen wird vor der beginnenden Bewegung in Südafrika auf Dauer nicht ausreichend glaubwürdig sein.

System des Ausgleichs

Wer nicht nur seine Abscheu gegenüber der Apartheid demonstrieren will, sondern ihre Überwindung konkret unterstützt, wer die Verwirklichung von Minderheitenrechten, föderalistische Lösungen, kurz, ein System des Ausgleichs zwischen den Südafrikanern aller Farben anstrebt, muß jetzt und in nächster Zukunft definieren, was nach aller Erfahrung unsere Unterstützung nicht finden kann – und dazu gehören Staatswirtschaft genauso wie undemokratische Einparteiensysteme – aber auch, was er an konkreten Hilfen und Ermutigungen anzubieten gedenkt, wenn wirklich die Vernunft siegt. Dies ist eine der letzten Hoffnungen, die man hegen kann, um dem notleidenden schwarzen Afrika in seiner Gesamtheit neue Impulse zuzuführen.

Es geht nicht nur um die Republik Südafrika, es geht darum, ob ein neuer Weg zu Frieden und Wohlstand in weiten Teilen dieses geplagten Kontinents gefunden werden kann. Wir müssen uns mehr Mühe geben als je zuvor, um unseren Interessen und unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Ann.:

Dr. Volkmar Köhler, MdB, war von 1982-1989 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er ist Mitglied in der Kammer für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD.

Voraussetzungen einer realistischen Südafrika-Politik des Westens – vor dem Hintergrund beginnender Verhandlungen zwischen schwarz und weiß

Thomas Kruchem

Die jüngste Annäherung zwischen der südafrikanischen Regierung und ihrem wichtigsten Gegenspieler, dem „African National Congress“ (ANC), wirft einmal mehr die Frage auf: Wie kann der Westen – oder konkreter: die Bundesregierung – zur tatsächlichen Emanzipation der Schwarzen am Kap beitragen?

Die Südafrika-Politik der Bundesregierung ist bis heute weniger durch deutliche Akzente als den steten Versuch bestimmt, wirtschaftliche Interessen zu wahren, die Flügel der Regierungsparteien zu befriedigen sowie auf EG- und UNO-Ebene nicht unangenehm aufzufallen: Tiefgreifender sozialer Wandel im Südafrika P.W. Bothas wurde zwar zur Kenntnis genommen; es überwog jedoch harte verbale Kritik, geäußert vor allem vom für's Image zuständigen Außenminister Genscher (der auch die – von Strauß konterkarierende – Frontstaaten-Reiseoffensive 1987/88 inszenierte).

Die – auf rhetorischer Ebene – Gegenposition (Verbrüderung mit Pretoria) fand nur durch das Gewicht von Strauß öffentliche Aufmerksamkeit und ist heute nahezu verstummt. Es bleiben in Union und FDP selten von Analyse geprägte, Südafrika wohlwollend (wohin?) drängende Statements wie jenes von Hornhues 1988: „Zunehmend beginnt man selbst in Teilen der Nationalen Partei zu akzeptieren, daß schwarze Mehrheits-herrschaft unausweichlich sei. Man sollte konsequenterweise die Verhandlungen mit den Vertretern der Schwarzen beginnen, um einen friedlichen Übergang zu erreichen.“ Der Liberale Irmer gar will über einen von der EG initiierten, „präzisen“ Mehrphasenplan bis zum Jahr 2000 nicht nur sämtliche wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unterschiede in Südafrika einebnen, sondern auch noch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Nachbarländer drastisch verringern.

In der Frage des Kultur- und Sportboykotts gegen Südafrika haben Unionspolitiker häufig Skepsis geäußert, es zugleich jedoch vermieden, auf Parlaments- und Regierungsebene für Kultur- und Sportkontakte mit Südafrika tätig zu werden und so die in dieser Frage eher passive Haltung Bonns zu

durchbrechen. Ohne echten Widerstand wurde Genschers – zumindest formal bizarre – Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika (1985) hingenommen. Erst im Mai 1989 gründete der CDU-Bundestags-abgeordnete Klaus-Jürgen Hedrich einen Verein „Brücken durch Sport“, dem mehrere bundesdeutsche und britische Parlamentarier sowie Wissenschaftler angehören.

Die Position der Bundesregierung zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ist prinzipiell klar. Immer wieder hat man betont, daß Sanktionen primär die treffen, denen man helfen will; daß sie Gewalt und Gegengewalt nicht stoppen, sondern steigern, und daß sie – am Rande erwähnt – den eigenen wirtschaftlichen Interessen schaden. In der Praxis verfolgt Bonn – im Geflecht widerstreitender Interessen – die Strategie, einerseits möglichst scharf zu drohen, andererseits möglichst wenig wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Das für's Drohen zuständige Auswärtige Amt verdonnerte einen – darob sichtlich unglücklichen – Kanzler Kohl dazu, die deutsche Beteiligung an den EG-Strafmaßnahmen 1986 zu verkünden; der Bundespräsident mußte 1988 von Lagos aus den Zeigefinger gen Pretoria heben; Genscher persönlich überschritt wohl das von ihm selbst gesetzte Maß, als er am 17.3.88 auf eine Journalistenfrage zum Boykott südafrikanischer Produkte antwortete: „Ich glaube, daß das ein wichtiger Beitrag ist, den ein Bürger leisten kann, wenn er aus seiner Verantwortung heraus einen solchen Schritt für notwendig hält.“

Jenseits verbaler Attacken hat Bonn stets Sorge getragen, daß der wirtschaftliche Austausch mit Pretoria gedieh. 1988 – als die Regierung Botha harte Repressionsmaßnahmen verhängte – stieg der Austausch um ein Drittel. Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ finanziert wei-

terhin Exporte nach Südafrika; die staatliche „Hermes“-Versicherung bürgt; das Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung steht außer Frage.

Kirchen haben das politische Bewußtsein der Südafrikaner verändert

Insgesamt haben wohl vor allem ausländische (darunter besonders auch deutsche) Kirchen

dregelungen wurde 1986-88 deutlich gebremst; die „Konservative Partei“ und andere rechtsradikale Gruppierungen erstarkten. Erst als – im Geflecht der Wechselbeziehungen zwischen abnehmendem Interesse der Weltöffentlichkeit, Repression und Frustration der Opposition – die Lage sich aus Sicht Pretorias entspannte, kamen reformorientierte Tendenzen wieder stärker zur Geltung.



Mehr als 70 000 bei Konzert zu Ehren von Nelson Mandela in London

Foto: dpa

und Gewerkschaften das politische Bewußtsein aller Südafrikaner verändert und die Organisationskraft der Schwarzen gestärkt. Konkrete Erfolge wirtschaftlichen und politischen Drucks durch ausländische Regierungen sind – von Einzelfällen (Nichtvollstrecken von Todesurteilen mit politischem Hintergrund) abgesehen – kaum zu erkennen. Im Gegenteil: Die Sanktionen von 1986 haben zu Verhärtung bei weißer Minderheit und Regierung beigetragen; verstärkte Repression setzte ein; der Abbau von Aparthei-

Dies führte zur Machtübernahme de Klerks und in deren Gefolge u.a. zur Modifizierung des „Group Areas Act“, der Freilassung politischer Gefangener und schließlich zu „Vorverhandlungen“ mit einem wieder erlaubten ANC.

Was sind die wichtigsten Voraussetzungen einer realistischen Südafrika-Politik des Westens – vor dem Hintergrund beginnender Verhandlungen zwischen schwarz und weiß? – Zunächst müssen sich die betreffenden Regierungen entscheiden, ob sie

mit ihrer Südafrikapolitik primär anderweiligen Interessen dienen oder tatsächlich zur Emanzipation der Schwarzen in Südafrika mit möglichst geringen unerwünschten Nebenfolgen beitragen wollen. Wollen sie dies, dann gilt es – stärker, als dies bisher geschehen ist – die grundsätzlichen Rahmenbedingungen zur Kenntnis zu nehmen:

1. Die vielfach belegte Tatsache, daß massive Wirtschaftsanktionen im Sinne der gesetzten Ziele überwiegend kontraproduktiv wirken, ist nicht – je nach Bedarf – immer wieder infrage zu stellen.

2. Man darf nicht der Erwartung produzierenden Illusion erliegen, Pretoria gebe jetzt schon die politische Vorherrschaft der Weißen stückchenweise preis; man hat lediglich mit flexiblerem Regierungspersonal die Vorherrschaft veränderten Realitäten angepaßt, modernisiert und von ärgerlichem Ballast befreit. Echte politische Emanzipation der Schwarzen fand bislang nur insofern statt, als sich ökonomische und soziale Emanzipation irgendwann zwangsläufig in politischer Macht niederschlagen. Die Hoffnung vieler ausländischer Beobachter, daß den Weißen die Kosten für den Machtverlust so sehr gestiegen sind, daß sie sich jetzt mit einer schwarzen Mehrheitsherrschaft abfinden, täuscht. Dies würde nämlich bedeuten, daß die Weißen den Schwarzen mit der politischen Herrschaft letztlich auch die Verfügungsgewalt über materielle und kulturelle Güter im Lande übergeben. Ein solcher plötzlicher und umfassender Machtwechsel von einer sozialen Gruppe zu einer anderen ist in der Geschichte bislang nur durch Revolutionen (wie 1989/90 in der DDR) zustande gekommen; freiwillig deshalb nie, weil fast immer herrschende Minderheiten neben der Macht auch ihre Existenzgrundlage, oft sogar das Leben verloren.

Nicht zu Unrecht stellt eine 1987 veröffentlichte Studie der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ fest, daß südafrikanische Weiße in der Tat heute gar nicht wissen können, welche Gesellschaftsordnung sie unter einer schwarzen Regierung zu erwarten hätten: „Wäre es eine sozialistische Gesellschaftsordnung mit Enteignungen und mit den Konse-

quenzen, die sich in einigen der afrikanischen Nachbarländer beobachten lassen? Würden sich die linksradikalen Kräfte in der heutigen Opposition durchsetzen? Würde eine bürgerkriegsähnliche Situation durch den Konflikt zwischen ideologischen und ethnischen Gruppen unter der schwarzen Bevölkerung entstehen? Würden die Exzesse und Gewalttaten der randalierenden Jugendlichen, wie sie sich in den Townships gezeigt haben, auf die weiße Bevölkerung übergreifen? Wäre sogar nach den jahrelang aufgestauten Aggressionen mit einem Blutbad unter den Weißen zu rechnen, welches eine schwarze Regierung möglicherweise nicht verhindern könnte?“

Emanzipation der Schwarzen in die Industriegesellschaft hinein fördern

Die Studie fährt fort mit der Feststellung, daß diese für die Weißen extrem wichtigen Fragen „heute weder von der schwarzen Opposition noch von sonst jemandem beantwortet werden können, da bestimmte politische Kräfteverhältnisse sich erst in einer realen Situation entfalten können und damit unter den heutigen Bedingungen nicht kalkulierbar und prognostizierbar sind“.

In ihren Folgen unkalkulierbare, eventuell verheerende Konzessionen wird kein – unter noch so starkem Druck stehender politischer Akteur machen, wenn er (wie derzeit Pretoria) rational seine Interessen wahrnimmt. Gerade auch deshalb allerdings werden die genannten Fragen bei bevorstehenden Verfassungsverhandlungen ungeschminkt zum Vorschein kommen und sowohl bei Weißen (die um ihren Besitzstand fürchten) als auch bei Schwarzen (die hohe Erwartungen hegen) für erheblichen Aufruhr sorgen.

Für sinnvolles außenpolitisches Handeln des Westens gegenüber Südafrika ergeben sich folgende Voraussetzungen:

1. Da die Grundinteressen der Weißen nur mittels Macht zu garantieren sind, werden sie das ihnen notwendig erscheinende Maß an Macht solange behalten, bis eine kulturelle, soziale und ökonomische Angleichung der Bevölkerungsgruppen jede Revolution gegenstandslos gemacht hat. Diese rationale In-

teressenwahrnehmung ist zu respektieren. Eine wachsende Machtbeteiligung Schwarzer ist folglich nur im Rahmen konkordanzdemokratischer Verfassungskonstruktionen denkbar – wie sie (unter intensiver wissenschaftlicher Mitarbeit der „Konrad-Adenauer-Stiftung“) in Natal/KwaZulu erprobt werden.

Präsident de Klerk zum Thema Verhandlungen:

„Unser Land und alle seine Menschen sind seit Jahrzehnten in Konflikte, Spannungen und heftige Kämpfe verwickelt. Es ist für uns an der Zeit, aus dem Zyklus der Gewalt auszubrechen und zu Frieden und Versöhnung durchzubrechen. Die schweigende Mehrheit sehnt sich danach. Die Jugend hat das verdient.“

*Mit den Schritten, die die Regierung unternommen hat, hat sie ihre gute Absicht bewiesen, und der Tisch ist gedeckt, so daß verständige Wortführer mit Gesprächen über eine neue Ordnung beginnen können, um durch Dialog und Diskussion zu einem neuen Verständnis zu gelangen.
(Auszug aus der Rede vom 2.2.90)*

2. Da der Weg Südafrikas in die Industriegesellschaft kaum umkehrbar ist, muß der Westen – wenn er auf eine Demokratisierung dort hin arbeiten will – nicht einen Abstieg der Weißen, sondern die Emanzipation der Schwarzen in die Industriegesellschaft hinein fördern, das sog. „black empowerment“.

3. Eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ist – wenn man nicht den Zusammenbruch der südafrikanischen Wirtschaft provozieren will – nur begrenzt durch Umverteilung erreichbar, in erster Linie jedoch durch Wachstum von Wirtschaft, Bildung und Lebensqualität (Wohnungen, Transport, Gesundheitswesen etc.) zugunsten der Schwarzen. Solches Wachstum muß der Westen fördern, wenn er seinem expliziten Ziel – der völligen Abschaffung von Apartheid näher kommen will.

Eine gute Infrastruktur für solche Politik findet der Westen in Südafrika und im südlichen

Afrika nur, wenn auch dort die Dinge realistisch perzipiert werden. Irrationale Erwartungen oder Ängste schüren überflüssige Konflikte und behindern gedeihliche Entwicklung. Deshalb muß der Westen – ganz anders als bisher die Bundesregierung mit ihrer widersprüchlichen Politik – die Voraussetzungen seines Handelns explizit auf den Tisch legen:

1. Die Weißen Südafrikas sollen wissen, daß sie – aus Sicht des Westens und in ihrem eigenen langfristigen Interesse – allmählich soziale, ökonomische und sukzessive auch politische Privilegien preisgeben müssen, wenn sie nicht rapide an Lebensqualität verlieren wollen. Zugleich aber sollen sie wissen, daß ein rascher oder gar revolutionärer Machtwechsel vom Westen nicht angestrebt wird.

2. Die Schwarzen sollen wissen, daß die Mehrheitsherrschaft aus Sicht des Westens vorläufig nicht erreichbar ist; daß vor diesem Hintergrund schwarze soziale und ökonomische Emanzipation im Vordergrund westlicher Bemühungen steht, während die politische Partizipation in einem steten, vom Westen geförderten Prozeß (zumindest vorläufig) konkordanzdemokratischer Verfassungsentwicklung wachsen muß.

3. Alle Südafrikaner sollen wissen, daß auch aus Sicht des Westens der säkulare Prozeß des Wandels in Südafrika nur dann erfolgreich sein kann, wenn er nicht außer Kontrolle gerät. Das heißt: Notwendige Sicherheitsmaßnahmen werden nicht nur toleriert, sondern unterstützt.

4. Die „Frontstaaten“ sollen wissen, daß sie, wenn sie zukünftig dulden bzw. fördern, daß von ihrem Territorium aus südafrikanischer Bürgerkrieg betrieben wird – sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Indem er die Souveränität der südafrikanischen Nation achtet, kann der Westen als aktiver Vermittler darauf hinwirken, daß die Verhandlungen von einer realistischen Grundlage ausgehen; der Abbau der Apartheid und die Demokratisierung Südafrikas liegen im langfristigen Interesse aller Bevölkerungsgruppen dort; nur wenn – unter Berücksichtigung sich ändernder sozioökonomischer und

damit politischer Machtverhältnisse – die Ängste des einen und das Drängen des anderen auf konkrete Fortschritte angemessen berücksichtigt werden, ist das Optimum erreichbar.

Verhandelt werden müssen konkrete Schritte zum Abbau der Apartheid und zum allmählichen Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, also: der Abbau des „Group Areas Act“, Öffnung von öffentlichem Dienst und Schulwesen, Verbesserung der Gewerkschaftsgesetzgebung, echte Dezentralisierung politischer Macht, Abschaffung des „Population Registration Act“, Schutz nach dem Prinzip freier Assoziation konstituierter Gruppen. Auf- und Ausbau integrierter, nach dem Territorialprinzip organisierter Verwaltungen und Legislativen etc.

Konkrete Fortschritte kann der Westen nach dem Prinzip „tit

for tat“ durch konkrete wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen honorieren. Hier ist neben positiven Maßnahmen (etwa Bildungsprogramme) auch sinnvoller (d.h. die Interessenlage des Partners realistisch perzipierender) wirtschaftlicher und (auch auf den ANC) politischer Druck denkbar.

Um die immer noch prekäre Infrastruktur für Verhandlungen nicht weiter zu verschlechtern, müssen die als nutzlos erkannten pauschalen Wirtschaftssanktionen ebenso schnell aufgehoben werden wie Sport- und Kulturboykott; man kann nicht erwarten, daß sich ein Volk dem (demokratischen und antirassistischen) Zeitgeist anschließt, wenn man es zugleich von ihm ausschließt.

Die vorgeschlagene Politik des Westens unterscheidet sich erheblich vom „constructive enga-

gement“ Chester Crockers eingangs der 80er Jahre, das so kurzlebig war, weil es davon ausging, mit unverbindlichem eigenen „goodwill“ könne man kurzfristig grundsätzliches Nachgeben der südafrikanischen Regierung erreichen.

Die vorgeschlagene Politik dagegen:

- macht auf der Basis rückhaltloser Zurkenntnisnahme der Handlungsvoraussetzungen diese explizit zur Handlungsgrundlage;
- kann den vorgeschlagenen Verhandlungsprozeß mit vergleichsweise guten Aussichten beschleunigen helfen, da sie den Abbau der Apartheid und die Gegenleistungen in quantifizier- und honorierbare Portionen aufteilt;
- macht nicht „goodwill“ und Wohlverhalten südafrikanischer Beteiligter, sondern ihre rationale Interessen-

wahrnehmung zur Grundlage, kann also prinzipiell kaum scheitern.

Offen bleibt, ob sich Politiker finden, die eine tatsächlich konstruktive Südafrikapolitik – was heute möglich erscheint – zumindest auf EG-Ebene durchsetzen – gegen innenpolitisch motivierte Widerstände im eigenen Land, in den USA und in internationalen Gremien.

Ann.:

Thomas Kruchem, Autor des Buches „Brücke über die Apartheid“ (Piper 1986), lebt als freier Rundfunkjournalist in Mauer bei Heidelberg.

Die DDR-Wirtschaft auf dem Weg in den EG-Binnenmarkt

Ingo Friedrich

Die Probleme für den deutschen Mittelstand reißen nicht ab: Kaum hatte er seinen Frieden mit dem EG-Binnenmarkt gemacht, kommt mit der Eingliederung der DDR-Wirtschaft in die EG und in eine gesamtdeutsche Wirtschaftslandschaft eine neue Herausforderung auf ihn zu.

Ein gesamtwirtschaftliches Abwägen der Chancen und Risiken der Erweiterung des EG-Binnenmarktes um die DDR ergibt naturgemäß deutlich mehr Chancen als Risiken. Über die DDR erwirbt die deutsche und die europäische Wirtschaft vor allem den Zugang zu den osteuropäischen Märkten.

Der vorgesehene Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland über Art. 23 läßt außerdem erwarten, daß in absehbarer Zeit alle Förder- und Regionalprogramme der EG auch auf dem Gebiet der DDR Anwendung finden. Es ist zu fordern, daß alle Kooperations- und Mittelstandsberatungsmodelle der EG und der Bundesrepublik zügig auf dem Gebiet der DDR in Kraft treten.

Die tiefere Begründung für die Errichtung der europäischen Entscheidungsebene Brüssel/ Straßburg liegt darin, daß die traditionellen europäischen Nationalstaaten des ausgehenden 20. Jahrhunderts viele der aktuellen Probleme allein nicht mehr lösen können. Zu diesen Bereichen, die wegen der internationalen Verflechtung, der technischen Entwicklung sowie des „Kleinwerdens“ der Welt „allein“ nicht mehr bewältigt werden können, gehören so sensible Bereiche wie

- Fernseh-Werbung (Auslandsempfang über Satellit)
- Europäisches Kartellrecht
- Bekämpfung der internationalen Drogenkriminalität
- Internationale Anerkennung des Marken- und Patentrechts
- erfolgreiche Abwicklung technischer Großprojekte wie Airbus, Satelliten-Technologie
- Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke
- internationaler Jugendschutz
- Umweltnormen
- Asylrecht
- Sozialstandards.

Hinzu kommt das wachsende Verlangen der „EG-Bürger“,



Dr. Ingo Friedrich, MdEP: „Wir müssen Abschied nehmen vom traditionellen Begriff der völligen Einheit“.

- auch „im Ausland geschützt“ zu werden, bzw. „Rechte wahrnehmen“ zu können. Typisch hierfür sind
- Verlangen nach gegenseitiger Anerkennung beruflicher Zeugnisse
- Sicherheit im Unfall- und Krankenfall, zumindest im EG-Ausland
- Regeln für Geschäftsbeziehungen im Ausland und Si-

cherung von Rechten, etwa beim Grundstückskauf

- Internationale technische Normen und Standards
- Abbau offensichtlicher Wettbewerbsverzerrungen durch Mißbräuche von Subventionen und Staatshilfen.

Schließlich läßt sich die Theorie des Binnenmarktes von der Grundüberzeugung eines Adam Smith leiten, der bereits vor 200 Jahren feststellte: „Je größer der Markt, desto mehr Wohlstand für alle“. In diesem Sinne versteht sich der EG-Binnenmarkt als ein Programm zur Öffnung der Grenzen und damit zur Erweiterung der Marktchancen für Unternehmer, Beschäftigte und Verbraucher.

Zur Verwirklichung der Markterweiterung nutzte die EG-Kommission **bis vor wenigen Jahren vor allem das Instrument der Harmonisierung, also der „Gleichmachung“**. Dieser Ansatz entbehrte keineswegs einer gewissen Logik, da er davon ausging, daß nur Produkte und Leistungen, die gleichwertig, sprich harmonisiert worden sind, in ganz EG-Europa verkäuflich sein dürfen. Ähnliches

galt für die Angleichung von Berufsausbildungen und technischen Harmonisierungen. In der Praxis erwies sich dieses Konzept jedoch als wenig flexibel und zu langwierig. Deswegen wurde es zwischenzeitlich durch einen neuen Grundsatz abgelöst. **Nun galt: Nur noch soviet EG-weite Harmonisierung wie unbedingt notwendig**, aber gleichzeitig soviet Öffnung der EG-Grenzen, etwa durch gegenseitige Anerkennung, wie möglich.

Der Vorteil des neuen Konzeptes liegt auf der Hand: Es ermöglicht und sichert eine vielfältige europäische Produktlandschaft und vermeidet den europäischen „Einheitsbrei“. Naturgemäß hat ein derartiges Vorgehen auch einige Nachteile, die vor allem darin bestehen, daß auf eine völlige Vergleichbarkeit und damit auf eine absolute Gerechtigkeit verzichtet werden muß. Die neue Handhabung führt z.B. dazu, daß auch unterschiedlich ausgebildete Akademiker (z. B. Ärzte) trotz dieser Unterschiedlichkeit ihren Beruf in allen EG-Ländern ausüben können.

Das neue Verfahren bemüht sich praktisch um die „Quadratur des Kreises“, indem es versucht, in Europa die Einheit gleichzeitig mit der Vielfalt zu verwirklichen. Das Motto heißt: Der Reichtum Europas liegt in seiner Vielfalt und die Einheit Europas muß in seiner Vielfalt verwirklicht werden.

Für die Praxis der Politik wird dadurch eines sichtbar: Wir müssen Abschied nehmen vom traditionellen Begriff der völligen Einheit. Diese Form einer „echten Einheit“ wird es weder im vereinten Europa noch im vereinten Deutschland – zumindest kurzfristig – geben. Trotz Einheit und trotz EG-Binnenmarkt wird es im zukünftigen EG-Europa erhebliche Differenzen und Unterschiede geben, auch wenn gemeinsame Parlamente und Regierungen gebildet werden.

Bereits heute sind typische Konsequenzen der Verwirklichung des großen EG-Marktes sichtbar:

Die Verbraucher werden eine erheblich verbreiterte Produkt- und Leistungspalette nachfragen und damit entsprechende Anpassungsmöglichkeiten für das mittelständische Angebot

auslösen. Der Kunde, der im Ausland andere und neue Dinge sieht, wird diese auch zu Hause nachfragen. Gleichzeitig wird die alte Erfahrung, wonach sich stets und überall Qualität – verstanden als Preis-Leistungsverhältnis – durchsetzt, auch im großen Binnenmarkt ihre Gültigkeit behalten. Hinzu kommt, daß die Nachfrage im großen Europa auch in Zukunft landsmannschaftlich, mentalitätsmäßig und regional unterschiedlich bleiben wird. Den EG-weiten Einheitsverbrauchern wird es genauso wenig geben, wie den Einheitsbürger, Individualität und Eingehen auf Kundenwünsche bleiben Voraussetzung für erfolgreiches Verkaufen. Insgesamt kann man ein zusätzliches Wachstum von jährlich mindestens 1% erwarten.

ECU – zu rechnen. Nachhaltig vertritt die CSU den Standpunkt, daß eine gemeinsame Währung erst unter der Voraussetzung einer gleichwertigen Stabilität mit der D-Mark verantwortbar wäre.

● **Umweltschutzregelungen**

Nachdem das europäische Bewußtsein in Sachen Umwelt leider immer noch unterschiedlich ausgeprägt ist, bleibt das EG-Vorgehen dadurch gekennzeichnet, daß zunächst nur gemeinsame Umweltmindeststandards verabschiedet werden. Die Nationalstaaten können davon durch höherwertige Umweltvorschriften (nach oben) abweichen. Langfristiges Ziel der EG müssen gemeinsame Normen auf Höchstniveau sein.

direkten Steuern, d. h. darauf werden wir am längsten warten müssen.

● **Gegenseitige Anerkennung der Akademiker-Ausbildung**

Im Unterschied zur beruflichen Ausbildung wurde im Bereich der Akademiker bereits die EG-weite gegenseitige Anerkennung der Abschluszeugnisse beschlossen. Dies führt praktisch zur Freizügigkeit der Akademiker im EG-Europa, wobei allerdings bei bestimmten Berufen (z. B. Steuerberater) spezifische Eingangslerngänge bzw. Vorprüfungen national vorgeschrieben werden können...

... **Schlußbemerkung**

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Eingliederung der DDR-Wirtschaft in den EG-Binnenmarkt von den außereuropäischen Nachbarn als Testfall für die Möglichkeiten einer generellen Umwandlung auch der anderen verrotteten Länder des real existierenden Sozialismus zur sozialen Marktwirtschaft gesehen und gewertet wird. In Osteuropa und Rußland wird der Erfolg des „Experimentes“ dahingehend interpretiert werden, ob gegebenenfalls weitere Länder Osteuropas oder sogar die Sowjet-Union selbst eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft anstreben sollen.

Gegenüber solchen langfristigen Entwicklungen muß bereits heute zum Ausdruck kommen, daß das feingliedrige und -nervige System der Europäischen Gemeinschaft eine überdimensionale Erweiterung nicht aushalten würde. Hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen und politischen Gestaltung des „Hauses Europa“, sollten wir deshalb die politische Union auf die zwölf EG-Staaten, allenfalls um einige EFTA-Länder erweitert, beschränken. Wirtschaftlich wäre vorstellbar, daß um eine „Kern-EG“ herum ein Netz von Assoziationsverträgen für die europäischen Nachbarn geknüpft wird, so daß für ganz Europa ein großer binnenmarkt ähnlicher europäischer Wirtschaftsraum (EWR) entstehen könnte.

Anm.: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Europäischen Parlament. Außerdem ist er Bezirksvorsitzender des EAK-Mittelfranken.



Die Verwirklichung des Binnenmarktes in zentralen Teilaspekten

● **Gemeinsame europäische Währung**

Naturgemäß wird die deutsche Währungsunion zeitlich erheblich vor der Verwirklichung der europäischen Währungsunion liegen. Nach dem berühmten Plan des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors besteht für die EG ein Dreistufenplan, der nach einer Koordinierung der Währungspolitik zwischen den EG-Staaten in den weiteren Stufen eine zunehmend engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und als Krönung eine gemeinsame Währung vorsieht. In der Zwischenzeit ist sicher mit einer Phase der Verwendung von mehreren Währungen – Einführung einer europäischen Parallel-Währung

● **Sozialregelungen**

In der verabschiedeten Sozialcharta der EG wurden ebenfalls „nur“ gemeinsame Mindeststandards zum Schutz sozialer Rechte EG-weit verabschiedet. Auch hier „dürfen“ die Nationalstaaten höherwertige Vorschriften für ihren Verantwortungsbereich festlegen, was zu einer Verteuerung etwa des Standorts Deutschland führen kann.

● **Harmonisierung der Steuern**

Nachdem auf diesem Sektor nach wie vor das Einstimmigkeitserfordernis im EG-Ministerrat besteht, muß davon ausgegangen werden, daß die Harmonisierung der Verbrauchssteuern noch geraume Zeit auf sich warten lassen wird. Zunächst sollen hierfür Mindeststeuersätze statt Einheitssteuern festgelegt werden. Zeitlich am Ende steht die Annäherung der

Ökumene – Wohin?

Ernst Zuther

Die Weltversammlung des durch den Ökumenischen Rat der Kirchen im März d. J. nach Seoul berufenen Konziliaren Prozesses hat sich als Fehlschlag erwiesen. Sie ist kein Schritt zur Einheit der Christen gewesen, – sie hat vielmehr demonstriert, welche Probleme und Gefahren in Wirklichkeit noch in dieser Einheit liegen.

Es ist allerdings kein Glaubensstreit gewesen, der die Konferenz bis an den Rand der Auflösung gebracht hat, sondern eine Konfrontation ganz anderer Art. C. F. v. Weizsäcker hat beobachtet, daß das beherrschende Thema der Konferenz „der unstillbare Zorn des Südens über die Menschheit über die ökonomische Diktatur des Nordens“ gewesen ist: Es ist nicht um Ökumene gegangen, sondern um Ökonomie.

Nun ist unbestritten, daß die Armut und das Elend eines großen Teils der Weltbevölkerung zum Himmel schreien. Ebenso wie die Verhinderung von Kriegen und Umweltkatastrophen ist auch ein sozialer Ausgleich zwischen Nord und Süd eine Voraussetzung unseres globalen Überlebens. Es versteht sich auch von selbst, daß die Kirchen dazu einen ethischen und, – soweit sie dazu in der Lage sind –, auch materiellen Beitrag zu leisten haben.

Anspruch auf Gleichheit aller

Aber der Konziliare Prozeß leistet diesen Beitrag gerade nicht. Er läßt sowohl die Sachkompetenz wie auch die politische Durchsetzungskraft vermissen, die eine so ungeheure Aufgabe wie die Behebung der Weltarmut erfordert. Das ist kein Vorwurf, denn auch der beste Sachverstand würde das Ziel nur schrittweise und wahrscheinlich nur teilweise erreichen können, selbst wenn ihm die nötigen politischen Machtmittel zur Hand wären. Vorzuwerfen ist dem Konziliaren Prozeß aber, daß er diese Schwierigkeiten nicht sieht, sondern nicht mehr und nicht weniger als eine perfekte Welt fordert, „in der alle Menschen das gleiche Recht auf Leben in all seiner Fülle

haben“. Es ist der Anspruch auf die Gleichheit aller, auf die Überwindung aller Konflikte, auf eine Zeit, in der „es keine Wunde, keine Feindschaft und keine Sündhaftigkeit mehr“ gibt.

In diesem Satz begegnen sie sich: das weltgesellschaftliche Problem und die religiös-utopische Antwort. Damit stellen sich auch die Fragen, ob und wieweit diese Antwort christlich ist, – wie es zu dem Eklat in Seoul kommen konnte, wo Einheit demonstriert werden sollte und Zwiespalt offenbar geworden ist, – und wie der zukünftige Weg der Ökumene wohl aussehen wird. Denn es geht nicht mehr um diese Weltversammlung, es geht um das Schicksal der Ökumene angesichts der Erkenntnisse, die der Konziliare Prozeß vermittelt hat.

wirtschaftliche und politische Forderungen in den Rang religiöser Bekenntnisse erhebt, kann die Einheit der Christen nur gehemmt werden, weil die Einheit im Glauben nicht mehr genügt, sondern auch die Einigkeit in der Beurteilung aller Weltprobleme vorausgesetzt ist.

Theologische Aussagen der Texte

Liest man die theologischen Aussagen in den Texten von Seoul und der vorangehenden Versammlungen, so stößt man auf ein neues religiöses Weltverständnis, das mit dem biblischen nicht mehr viel gemeinsam hat.

Die konziliare Theologie verwendet grundlegende biblische Begriffe überhaupt nicht mehr oder nur als diffuse, undeutbare Chiffren. Dazu gehören z. B.

mit dem man rechnen muß und doch nicht ‚rechnen‘ darf. Die Theologie des Konziliaren Prozesses aber macht Gott zum **Garanten** menschlicher Existenz und irdischer Wohlfahrt. Sie reduziert ihn auf den ethischen Hintergrund menschlicher Überlebensstrategien und verwandelt ihn damit in ein Phänomen von säkularer Rationalität.

Man spürt das schon an der Art und Weise, wie diese Texte von Gott reden. Denn sie beschreiben einen durch seine Verheißungen **verfügbaren** Gott, weil sie den Sinn und Auslegung dieser Verheißung durch das menschliche Bedürfnis und Interesse bestimmen. Exemplarisch dafür ist die Form der ‚Bundesschlüsse‘. Während nach biblischem Verständnis der ‚Bund‘ eine Verfügung ist, die **Gott** seinem Volk, also dem Menschen, auferlegt, sind die ‚Bundesschlüsse‘ des Konziliaren Prozesses Verfügungen einer menschlichen Versammlung, für die sie Gott in Anspruch nimmt, – um dann mit der Autorität Gottes von allen anderen Gehorsam gegen diesen von ihr selbst erstellten Katalog zu verlangen.

Nach solchen Vorentscheidungen müssen auch die Sünde und damit das Wesen des Menschen, das Werk und die Liebe Christi und die Herrschaft Gottes zu ganz anderen Begriffen werden. Für die konziliare Theologie sind nicht **alle** Menschen Sünder, – wenigstens nicht grundsätzlich vor Gott **gleiche** Sünder, sondern sie unterscheidet zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, Ausgebeuteten und Ausbeutern, gerechten Armen und ungerechten Kapitalisten. Recht und Unrecht werden in entscheidender Weise gesellschaftlich und politisch definiert. Die Sünde besteht in den Verhältnissen, – eine Umkehrung der biblischen Erkenntnis, daß das menschliche Elend eine Folge der Sünde ist. Dann aber gehört die Sünde nicht länger zum Wesen des Menschen.

Angesichts eines solchen Sündenbegriffs ist es nur konsequent, daß die Liebe Christi sich nicht in gleicher Weise **allen** zuwendet, sondern exklusiv den



Als erstes wird man sagen müssen: Seoul ist die Quittung für die Theologie, der der Weltkirchenrat sich seit Jahrzehnten mehr und mehr verschrieben hat.

Diese Theologie ist eine Verbindung von Befreiungs- und modernen Schöpfungstheologien mit feministischen Forderungen. Allen gemeinsam ist, daß sie von ihren Ansatzpunkten her die Tendenz haben, die christliche Botschaft zu säkularisieren und damit zu politisieren. Exempel solcher Profanierung sind in Seoul u. a. die Erklärung der Schöpfung zum Sakrament und die Behauptung gewesen, die Wiederaufforstung abgeholzter Wälder sei als „Akt zeitgemäßer Nachfolge“ Christi zu werten. Mit einer Theologie, die

die biblische Rechtfertigung des Sünders vor Gott, der persönliche Glaube an Jesus Christus und dessen Bedeutung für ein persönliches Heil, die – absolute – Wahrheit des Wortes Gottes ebenso wie die Auferstehung der Toten. Eine wesentliche Dimension der christlichen Botschaft, – alles, was über Diesseitigkeit und Innerweltlichkeit hinausgeht –, ist faktisch eliminiert zugunsten säkularer Zielsetzungen.

Damit ändert sich auch die Gottesvorstellung. In den Grenzen von **irdischem** Frieden, **irdischer** Gerechtigkeit und der Bewahrung **dieser** Schöpfung kann auch Gott nur noch als eine säkulare Größe, als ein Stück Welt erfahren werden, – nicht mehr als der Heilige, – als der,

Armen. Die biblische Darstellung Jesu als eines Freundes der Sünder, – **aller** Sünder –, ist damit allerdings verworfen: Jesus ist nicht für die Opfer der **Sünde** gestorben, sondern für die Opfer der **Sünder**, – was schon beinahe soviel heißt wie, **gegen** die Sünder⁴. Sein Tod war Protest, nicht Versöhnung. Die Liebe Gottes ist zu einer parteiischen Zuwendung geworden.

Die eschatologische biblische Verheißung eines von Gott geschaffenen ‚neuen Himmels und einer neuen Erde‘ wird ersetzt durch die Vision einer von Menschen geschaffenen gerechten Gesellschaft auf dieser Erde, um deren Wesen und Werden der Konziliare Prozeß weiß.

Im Ergebnis muß man urteilen, daß der Gott des Konziliaren Prozesses ein einfacher Gott ist, – in mehr als einer Hinsicht. Sein Weltregiment, seine ‚providentia‘, die so vielen Christen bisher zu schaffen gemacht hat, ist kein Problem mehr: Gottes Heilshandeln und das Programm des Konziliaren Prozesses sind identisch. Eine Anfechtung durch ein unverständliches Handeln oder Nichthandeln Gottes, – wie bei einem Hiob oder in Luthers Kreuzestheologie –, kann es nicht mehr geben.

Anders gesagt: Der Konziliare Prozeß lebt von der Vision einer Welt, die von uns Menschen gerade noch, – nach einer langen und skandalösen Vorgehensweise der Menschheit und zweitausend Jahre nach Christus –, in Ordnung gebracht wird. Das Heil in Christus erscheint endlich – in der gesellschaftlich-politischen Neuordnung der Erde. Ob angesichts geschichtlicher Erfahrungen und solchen mit der menschlichen Natur wirklicher Frieden und wahre Gerechtigkeit möglich sind, – ob dies Programm an Grenzen stoßen muß und gegebenenfalls an welche, darüber wird nicht reflektiert.

Wieder anders gesagt: Angelpunkt der konziliaren Theologie ist der Mensch, nicht Gott, – die Schöpfung, nicht der Schöpfer. Das ist die theologische Brücke zum Marxismus.

Solche Verkehrungen biblischer Aussagen sind die Konsequenz der strikten Absage des Weltkirchenrats an die reformatorische Lehre von den zwei Re-

gierweisen Gottes. Denn mit der würden solche unbiblischen Identifizierungen vermieden und Raum für ein politisches Handeln gewonnen werden, das zwar auch unter Gottes Geboten steht, sich aber nicht verpflichtet fühlen muß, Verheißungen, die dem Glauben gegeben sind, in einer Welt des Unglaubens zu realisieren.

Am Streit über die Weltwirtschaft gescheitert

Ein abschließendes Urteil über Seoul wird als erstes feststellen müssen, daß die Konferenz nicht aus theologischen Gründen gescheitert ist, sondern am Streit über die Weltgesellschaft und die Weltwirtschaftssysteme. Damit aber ist es eine neue, eine **andere** Ökumene, die in Seoul agiert hat. Nämlich eine, die nicht mehr durch die biblische Botschaft zusammengehalten wird, sondern sich an wirtschaftlichen und politischen Interessen orientiert. In dieser neuen Ökumene, deren Entwicklung durch das klassische christliche Bekenntnis eher gehemmt als gefördert wird, tritt die biblische Erkenntnis, daß in keinem anderen Heil ist als in Jesus Christus, – also der Absolutheitsanspruch des Evangeliums –, zurück hinter dem Heilsplan einer gerechten Weltgesellschaft.

Damit aber sind die Verfassung des Weltkirchenrats und ihr einleitender Satz außer Kraft gesetzt, die Ökumene sei „eine Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der heiligen Schrift als Gott und Heiland anerkennen“.

Es stellt sich auch sogleich die Frage, ob eine neue, übergreifende ‚Ökumene‘ – das Fernziel ist ja längst proklamiert: Ein Konzil aller Weltreligionen –, nicht die bisherige christliche zerstören muß, – und zwar ohne jede Garantie, daß eine interreligiöse Weltkonferenz die ersehnte Einheit aller Menschen bei der Bewältigung der Weltprobleme wirklich zustande bringt.

Die konziliare Bewegung ist ohnehin in einer Krise ihres Selbstverständnisses. Schon die Befreiungstheologien hatten weitgehend marxistische Analysen und Forderungen übernommen. Die Abhängigkeit vom Marxismus wird auch offen bekannt. Damit aber war dem Kommunismus nicht nur ein

Existenzrecht, sondern eine Existenznotwendigkeit bescheinigt, die jeder echten Kritik an seiner Praxis – einschließlich seiner Religionspolitik – im Wege stand.

In den Monaten vor Seoul hat sich jedoch der offensichtliche Zusammenbruch der sozialistischen Systeme vollzogen. Damit war ein doppelter Schock für den Weltkirchenrat verbunden, denn nach dem Scheitern des Marxismus in der sozialen **Praxis** kann auch seine Eignung für die soziale **Theorie** nicht mehr behauptet werden. Auf den Schock dieser Erkenntnis hat die Versammlung in Seoul damit reagiert, daß sie einmal die Abschaffung auch der – stets ‚Kapitalismus‘ genannten – Marktwirtschaft fordert und daß sie zum ändern zugeben muß, von der neuen Weltordnung, auf die sie sich verpflichtet hat, derzeit keine rechte Vorstellung zu haben.

Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß der Konziliare Prozeß seine Parteinahme für eine sozialistische Gesellschaft aufgibt. Er sieht im Sozialismus ja nicht so sehr ein zweckmäßiges, produktives Wirtschaftssystem, sondern vor allem eine gerechte, sinnstiftende Lebensform, – ein Heilerlebnis. Darin liegt eine Versuchung für alle Kirchen und jeden Christen: Der Marxismus ist die einzige exakte Theorie einer konfliktlosen und gerechten Welt. Sie ist – ungeachtet ihres Fiaskos – für alle unentbehrlich, die das ‚Reich Gottes‘ auf Erden haben wollen, – jetzt und hier.

Politischer Konfrontationskurs

Die Theologie der Befreiung, die im wesentlichen auch die des Konziliaren Prozesses ist, hat durch die Übernahme marxistischer Dogmen den Charakter einer Ideologie angenommen. Die aggressiven Neigungen dieser Ideologie haben ihren Grund in einem Gefühl moralischer Überlegenheit. Mit dem ist auch künftig zu rechnen, solange die eigene Utopie noch nicht den Zwängen und Hilflosigkeiten realer Weltbewältigung ausgesetzt wird. Außerdem erzeugt die Selbstidentifizierung mit den Armen als der heilsgeschichtlichen Elite ein Erwählungsbewußtsein, das wiederum auf politische Meinungsführerschaft drängt.

Deshalb ist zu befürchten, daß der Konziliare Prozeß nicht dem Frieden einen Dienst tut, sondern einer politischen Konfrontation

im Weltmaßstab Vorschub leistet, wenn er weiterhin der Versuchung nachgibt, die weltgesellschaftlichen Probleme zwischen Nord und Süd marxistisch zu ideologisieren. Ein Beispiel für solche Versuchungen ist die pauschale Verdächtigung der ‚kapitalistischen‘ Länder, Armut und Hunger in der Dritten Welt planmäßig zu erzeugen oder zu erhalten. Damit wird ein gerechter Ausgleich erschwert, denn der Partner ist zum Feindbild geworden. Auch der Zusammenhalt in der ökumenischen Bewegung selbst ist einer auf die Dauer unerträglichen Belastung ausgesetzt, wenn die Kirchen des Nordens der „Komplizenschaft mit ungerechten Wirtschaftssystemen“ bezichtigt werden.

Verhängnisvoll – sowohl für den Weltfrieden wie für die Christenheit – würde es sich auswirken, wenn es nicht gelingen sollte, eine endgültige Absage an **jede Form von Gewalt als einer christlichen Möglichkeit** durchzusetzen. Eine verbale Verwerfung der Gewalt, die Forderung einer „Kultur der Gewaltlosigkeit“ können nicht überzeugen, solange es in den Texten von Seoul von Aufrufen zum „Widerstand“, zur „Widersetzung“, zum „Zorn“, zur „Auflehnung“ und zum Bündnis mit revolutionären Organisationen nur so wimmelt, – ohne jeden Versuch einer Differenzierung.

Die Theologie des Konziliaren Prozesses ist in der Christenheit nicht konsensfähig. Die katholische Kirche kann sich durch das Ergebnis von Seoul in ihrer Vorsicht nur bestätigt fühlen. Möglicherweise hat die Krisis des Konziliaren Prozesses die Meinungsverschiedenheiten über den ökumenischen Kurs in Rom für längere Zeit entschieden – und zwar im Sinn eines noch größeren Mißtrauens gegenüber dem Weltkirchenrat. Auch in dieser Hinsicht hat der Konziliare Prozeß nicht zu einer Stärkung der christlichen Einheit geführt, sondern sie zusätzlich belastet. Auch das Verhältnis von Protestanten und Katholiken in der Bundesrepublik wird unter diesem Rückschlag zu leiden haben. Sind es doch vor allem die **deutschen** Protestanten gewesen, – nicht zuletzt in der DDR –, die den Konziliaren Prozeß nachdrücklich und meistens kritiklos unterstützt haben.

Protestantische Profile

von Hedda Meseke

In der heutigen Ausgabe nimmt Dr. Hedda Meseke, Staatssekretärin beim Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in einer sehr persönlichen Weise Stellung zur Deutschen Frage.

Die historischen Entwicklungen, die in der 2. Jahreshälfte 1989 deutlich wurden und immer mehr Realität gewinnen, sind in der Gesamtheit ihrer Auswirkungen noch nicht zu erfassen. Aber eines ist sicher, sie haben nicht nur eine politische und wirtschaftliche Seite, sondern sie haben auch zutiefst menschliche, damit auch religiöse und kirchliche Aspekte.

Fortsetzung von Seite 9

Es ist auch die Frage, ob selbst Mitgliedskirchen des ökumenischen Rates in den Industrienationen die illusionären und ideologischen Tendenzen des Konziliaren Prozesses auf die Dauer mittragen können, ohne in der Öffentlichkeit Schaden an ihrer Glaubwürdigkeit zu nehmen.

Glaubwürdigkeit

Es ist zweifellos damit zu rechnen, daß der Konziliare Prozeß durch den Weltkirchenrat weitergeführt wird. Einen entsprechenden Appell hat die Versammlung in Seoul an den Ökumenischen Rat gerichtet. Es ist auch damit zu rechnen, daß er im gleichen Geist und mit denselben Tendenzen weitergeführt wird wie bisher. Auch das Bestreben des Weltkirchenrats, auf seine Mitgliedskirchen durch den Konziliaren Prozeß Einfluß auszuüben, – direkt oder über Basisgruppen –, wird sich noch verstärken. Die Ökumene wird immer mehr zu einem weltweiten Faktor der Politisierung des Evangeliums.

Anm.:

(Durch „...“ gekennzeichnete Zitate sind entnommen der epd-Dokumentation 16/90 vom 2. 4. 90)

Der Autor ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand aus Oberhaching bei München. Er beschäftigt sich seit längerer Zeit mit dem Thema „Konziliarer Prozeß“. Seinen Beitrag möchten wir unseren Lesern zur Diskussion stellen.

Nach der Analyse eines bekannten Journalisten aus Hannover versteckt sich hinter der Haltung zur deutschen Einheit ein tiefgehender Generationskonflikt. Für ihn, (den Journalisten, Anm. d. Red.), und ich mache mir Teile dieser Beobachtung zueigen, ist für Ältere, etwa bis zum Jahrgang 1935 die

serer Bevölkerung geglaubt hat, daß sie – zumindest für diese Generation – unabänderlich sei.

Diese Analyse ist interessant, wenn man manche politische Konstellationen ansieht. Aber warum weise ich hier auf sie hin. In meinen Augen ist dies eine Analyse, die rein auf gesell-

fluchtsstätte des Geistes, sondern auch körperlichen und politischen Schutz bedeuten kann.

Ich komme zu einem anderen Thema, das zeitlich mit dem vorigen zusammenhängt und das jetzt für die Christlich-Demokratische Union eine neue Dimension gewinnt. Als ich 1954 in die Bundesrepublik kam, habe ich die Sicht eines Kindes „von drüben“ erst langsam ablegen müssen und zugleich die politische Entwicklung in einem zusammenwachsenden Land wie Niedersachsen beobachten können. Es muß daran erinnert werden, daß für einen nicht unerheblichen Teil der protestantischen Christen in Niedersachsen lange Zeit in den 50er Jahren die CDU nicht wählbar war. Mein Vater, der uns Kindern in offenen Diskussionen diese Überlegungen vorstellte, gehörte dazu. Wir haben es unvergessenen Männern wie Herrmann Ehlers, aber auch unter den heute noch politisch Tätigen wie Wilfried Hasselmann oder kürzlich ausgeschiedenen wie Gerd Glup zu verdanken, daß dies auch in einem protestantisch geprägten Land anders geworden ist.

Die Gegensätze zwischen evangelischen und katholischen Christen in der CDU bestehen zum größten Teil nicht mehr. Aber dieses Verhältnis ist mir wie ein Teil einer zwischenmenschlichen Beziehung zu sein. Es ist nicht statisch, sondern es muß durch ständige Überprüfung an den gemeinsamen christlichen Grundwerten gefestigt und fortentwickelt werden. Die Notwendigkeit dieses Prozesses ist unumgänglich, denn dieser dauerhafte Prozeß beeinflußt nicht nur das Verhältnis der Christlich-Demokratischen Union zu den Kirchen und insbesondere zur evangelischen Kirche. Dieser Prozeß bekommt eine neue Dimension mit der Einheit Deutschlands. Die politische, kirchliche und menschliche Arbeit, die es hier neu zu leisten gilt, ist mindestens so schwierig, wie die der 50er Jahre in Niedersachsen. Wir sollten diese Aufgabe nicht nur als zentrale Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises, sondern der gesamten CDU ansehen.



Staatssekretärin Dr. Hedda Meseke, seit März 1990 stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU.

Deutsche Einheit immer noch ein Thema mit echten – nicht nationalistischen – Emotionen, mit denen sie umzugehen verstehen und die ihnen die Kraft geben, die jetzigen Ereignisse nicht nur als politische Entwicklung und im negativen Sinne als Rechenexempel zu sehen.

Die Jüngeren aber haben überwiegend ein inneres Nichtverhältnis zur Einheit im emotional gewachsenen Sinne. Sie sind in die Wohlstandsgesellschaft hineingeboren, haben u. U. in den Jahren der Studentenrevolte die Opposition geprobt gegen das, was sie an Verkrustungen im gesellschaftlichen Leben nicht annehmen wollten und konnten. Man findet sie heute in allen gesellschaftlichen Kreisen, mehr jedoch in den Reihen der SPD. Ihnen und ihren noch jüngeren Nachfolgern ist eines gemeinsam, daß sie die Teilung Deutschlands als ein Faktum erlebt haben, von dem die überwiegende Mehrheit un-

schaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik abstellt und die sich in einer Zwischengeneration nicht wiederfindet, von der sich nicht wenige hier in der Bundesrepublik im politischen Leben befinden.

Ich meine die Gruppe, die ihre Kindheit zum Teil im Krieg und zum Teil in der sich im Aufbau befindlichen DDR verbracht haben und dann teils, weil sie nach dem Abitur nicht studieren durften, oder aus anderen Gründen bis zum Bau der Mauer in die Bundesrepublik kamen. Für diese Generation, und ich zähle mich dazu, gibt es diese Verwerfung nicht, es gibt eine emotionale Bindung an die deutsche Frage, es gibt aber auch ein besonderes Verhältnis zu Politik und Religion. Wenn ich die für mich prägende Formel finden soll, so ist es: „Ein feste Burg ist unser Gott“. Hat nicht letztlich die politische Entwicklung in der DDR bewiesen, daß diese Burg nicht nur Zu-

Zuwendung zum ganzen Menschen im Horizont des christlichen Glaubens

Burkhard Budde

Wer ein Abzeichen trägt, will sich zu etwas oder zu jemandem bekennen. Vielleicht zu einem bestimmten Programm, zu einer Person oder einer Gemeinschaft. Ein „aufdringliches“ und „besserwisserisches“ Abzeichen schreckt die Mitmenschen ab, ein „liebvolles“ und „verständnisvolles“ lädt zum Gespräch ein. Wichtig ist die Glaubwürdigkeit. „Etikettenschwindel“ wird schnell entlarvt und der Fragwürdigkeit preisgegeben. Nur derjenige, der selbst überzeugt ist, wozu er sich bekennt, überzeugt.



Das Abzeichen der Christen ist die Liebe. Sie wird sichtbar im Gottesdienst. Er ist das Herzstück des Christenlebens. Hier kommen die Christen zusammen, um gemeinsam Gott zu danken und zu loben und sich von ihm für die Woche stärken zu lassen. Gottes Liebe lädt ein zum gemeinsamen Hören auf die biblische Botschaft, die durch ihre Orientierungskraft auf den Alltag ausstrahlt. Nicht wir dienen Gott, wenn wir am Gottesdienst teilnehmen. Er dient vielmehr uns, indem er uns die Ohren, Augen und Herzen für seine gute und frohmachende Nachricht und seinen liebenden Geist öffnet. Gerade dadurch werden wir auch offen für uns selbst und unsere Mitmenschen.

Sicherlich, durch lebensferne Predigten, schlechten „pastoralen Stil“, Vorurteile und Eintönigkeit kann diese Liebe verschüttet werden. Aber dann ist die gesamte christliche Gemeinde herausgefordert, ihre Verantwortung für den Gottesdienst zu erkennen und durch Gespräche und konkrete Dienste konstruktiv wahrzunehmen. Diese Verantwortung tragen auch die Mitarbeiter. Wenn andererseits z.B. hauptamtliche Mitarbeiter der Kirche und der Diakonie die Verantwortung und die Chancen fast nie entdecken, die für sie selbst und für andere in der regelmäßigen Teilnahme am Gottesdienst liegen, kann geistliche oder seelische Not vorherrschen und ist Hilfe-

stellung und geistliche Zurüstung seitens der Leitungsorgane notwendig.

Prof. Freiherr Axel von Campenhausen, führender Kirchenmann in der EKD, hat einmal gesagt: „Niemand muß in der Kirche arbeiten, der gewisse Regeln nicht einhalten will.“ Dieser Satz kann schnell mißverstanden werden. Niemand – auch nicht ein Hauptamtlicher – muß am Gottesdienst teilnehmen. Aber wer sich mit dem Auftrag der Kirche nicht persönlich identifizieren kann, muß keinen „Etikettenschwindel“ betreiben, sondern sollte versuchen, für sich selbst neue Zugänge zu seinem Dienstauftrag und zur gottesdienstlichen Gemeinschaft zu finden.

Kirchliche Mitarbeiter sollen nicht religiös bevormundet und ihr Gewissen nicht „ausgeforscht“ werden. Jeder kann in eine Glaubenskrise und in eine „kirchliche Anfechtung“ geraten. Aber gerade darin verbirgt sich auch die Chance zu christlichen und kirchlichen Neuanfängen, wenn es zu einer ehrlichen Auseinandersetzung und geistlicher Hilfestellung kommt.

Die Liebe wird sichtbar in den Einrichtungen der Diakonie. Die Verkündigung der Liebe Gottes im Gottesdienst lädt ein zum Dienst für andere. Das diakonische Handeln andererseits ist eine Einladung zum Glauben an die Liebe Gottes, die im Gottesdienst am Sonntagmorgen und im Gottesdienst im Alltag sichtbar werden kann. Ist das nur eine gut-gemeinte, aber weltfremde Theorie?

Der evangelische Christ Erhard Eppler hat auf einer Tagung Ende letzten Jahres kritisch angemerkt: Eine anthroposophische Schule sei tatsächlich eine staatliche Schule. Eine evangelische Schule oder ein evangelisches Krankenhaus würden sich hingegen kaum von entsprechenden staatlichen Institutionen unterscheiden. Er fragte: „Warum hat unser Glaube eine so seltsam geringe Prägekraft?“ Der Bochumer Theologieprofessor und Sozialethiker Günter Brakelmann bezeichnete deshalb die flächendeckende Diakonie der Kirche als immer fragwürdiger. Stattdessen schlug er vor, beispielhafte kirchliche Projekte anzustreben, von denen die Welt etwas lernen könne.

Kirche solle mit Konsequenz Kirche sein.

Haben Eppler und Brakelmann übertrieben? Die Lust an allgemeiner Kritik kann die Verantwortlichen wachrütteln, aber die Last der Differenzierung kann ihnen niemand abnehmen. Es gibt auch viele positive Beispiele, die deutlich machen, daß Kirche und Diakonie nicht auseinanderfallen müssen. Viele hauptamtliche Mitarbeiter sind nicht nur fachlich qualifiziert, sondern kennen auch die geistlichen und gemeindlichen Quel-

len und Wurzeln ihres Auftrages. Viele sind im Glauben und in der Gemeinde verwurzelt und tragen so zu einem christlichen und kirchlichen Profil diakonischer Einrichtungen bei.

Wo allerdings kirchliche Einrichtungen sich von nichtkirchlichen nicht mehr unterscheiden, und die Dienste austauschbar werden, ist Neubesinnung gefragt. Das diakonische Abzeichen darf nicht zur „leeren Formel“ werden. Es bedeutet freiwillige Selbstverpflichtung und ist ein positiver Anspruch, mit den Menschen im Sinne Jesu umzugehen. Es ist auch eine große Hilfe, von einer Gemeinde im Gebet mitgetragen zu werden. Die Zuwendung zum ganzen Menschen im Horizont des christlichen Glaubens und der christlichen Gemeinde ist nie Luxus, sondern Lebenshilfe für einen selbst und den Hilfesuchenden.

Die Liebe wird sichtbar im Leben. Die Liebe Christi kann Menschen erneuern und versöhnen. Wo im Namen Jesu Vergebungsbereitschaft ist und Menschen miteinander – bei allen Unterschieden – Lösungen ihrer Konflikte und gemeinsame Neuanfänge suchen, da ist der Geist der Liebe am Werk.

Dann allerdings spricht das Leben so laut, daß man keine Abzeichen mehr tragen muß.

Geschäftsstelle „Gemeindegtag unter dem Wort“,
Waldbergstraße 13, 7519 Eppingen 2, Telefon 0 72 62/50 77

**JESUS
DAS
LICHT
DER WELT**

KONGRESSZENTRUM KARLSRUHE
14. JUNI 1990



**GEMEINDETAG
UNTER
DEM WORT**

Bücher

Evangelisches Kirchenlexikon (EKL). Internationale theologische Enzyklopädie. Hrsg. von **Erwin Fahlbusch, Jan Milic Lochman, John Mbiti, Jaroslav Pelikan und Lukas Vischer.** Band 2 (G-K), Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1990

Unlängst erschienen ist nun der zweite Band des Evangelischen Kirchenlexikons. Vom Verlag Vandenhoeck und Ruprecht eigentlich schon für 1988 angekündigt, hat sich die weitere Publikation dieses von einem Kritiker als derzeit aktuellstes, qualifiziertestes und überzeugendstes gelobten theologischen Lexikons doch erheblich verzögert, nicht zuletzt, so betonen die Herausgeber, wegen des hohen internationalen und ökumenischen Anspruchs und wegen der Verpflichtung vieler ausländischer Autoren. War das Lexikon schon beim Erscheinen des ersten Bandes 1986 als „größter Wurf des Verlages seit 1945“ bezeichnet worden, so wird nun auf die noch gründlichere Erarbeitung der einzelnen Artikel verwiesen.

Schon der gewählte Untertitel des in dritter Auflage völlig neu konzipierten EKL, Internationale theologische Enzyklopädie, zeugt von dem neuen Selbstverständnis dieses Nachschlagewerkes für Theologie und Kirche, Religion und Gesellschaft, und auch vom Selbstbewußtsein der fünf Herausgeber. In den Jahren 1956 bis 1961 erschien die erste Auflage des Evangelischen Kirchenlexikons, damals noch mit dem Untertitel „Kirchlich-theologisches Handwörterbuch“ und etwa gleichzeitig mit dem katholischen „Lexikon für Theologie und Kirche“. 1962 erlebte es seine zweite Auflage und seit 1986 die dritte. Die Bände 3 und 4 sowie der umfangreiche Registerband mit Sach- und biographischem Index sollen nun kontinuierlich bis 1994 erscheinen.

Die neueren theologischen und kirchlichen Entwicklungen und die veränderte gesellschaftliche Situation, mit der das Christentum konfrontiert ist und in der das Evangelium heute neu bezeugt werden muß, machten, so die Herausgeber, eine grundlegende Neufassung notwendig.

Nicht ein einziger Artikel aus der alten Auflage wurde übernommen.

Neben ausführlichen Artikeln zu theologischen Schlüsselbegriffen wie Heil, Jesus und Kreuz vermittelt das EKL grundlegende Kenntnisse und weiterführende Hinweise auch aus dem psychologischen, philosophischen, sozialwissenschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Bereich, zu Stichworten wie Jugendreligionen, Gewerkschaften, Kriegsdienstverweigerung und Konservatismus. Wegen des Reichtums an Aspekten wird von den Herausgebern exemplarisch ausdrücklich auf den Begriff „Kirche“ hingewiesen, der historisch, theologisch und soziologisch entfaltet wird, thematisiert wird aber auch das „gegenwärtige Erscheinungsbild“ und die heutige Funktion der Kirche. Daß bei aller Vielfalt auch wichtige Termini keine oder nur unzureichende Berücksichtigung finden, ist verständlich. So vermisste ich weiterführende und ausführlichere Hinweise etwa zur Gentechnik.

In „evangelischer Universalität“ will das EKL die heutige Situation in Theologie und Kirche erfassen, aus der Provinzialität im theologischen Denken herausführen. Dazu gehört, daß es dem Leser über den eigenen kirchlichen und kulturellen Rahmen hinaus ökumenische Perspektiven eröffnet. Deshalb sind Anglikaner, Katholiken, Lutheraner, Orthodoxe, Reformierte und die Freikirchen ebenso zur Mitarbeit herangezogen worden wie Vertreter säkularer und nichtchristlichen Denkens. Neben der fairen ökumenischen Öffnung ist auch die internationale Ausrichtung des EKL hervorzuheben, der etwa in den umfassenden Länderartikeln Rechnung getragen wird.

Das EKL wird in Zukunft neben den anderen klassischen Lexika zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für Pfarrer, Religionslehrer und kirchliche Mitarbeiter, aber auch für Journalisten und Politiker werden, für alle, wie Karl-Alfred Odin schreibt, die sich über Kirche, Theologie und ihr Wirken in der Gegenwart informieren wollen.

Johannes Heide

Wolfgang Huber (Hg.)
Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland. Chr. Kaiser Verlag, München 1990

Die selbstbewußte, kritische Loyalität gegenüber der Demokratie als einer verbesserungsfähigen, aber auch verbesserungsbedürftigen Staatsform ist noch keineswegs für alle selbstverständlich geworden, die sich auf das Erbe der Reformation berufen. Es ist darum sinnvoll, ja notwendig, die Traditionen eines selbstbewußten und kritischen Protestantismus in Erinnerung zu behalten, die ein solches Verhältnis zur Demokratie stärken und fördern können.

In diesem Buch zeichnen Zeitzeugen und jüngere Historiker vierzig Jahre nach Entstehung des Bonner Grundgesetzes nach, welche Rolle profilierte Protestanten in den Anfangsjahren des westdeutschen Teilstaats gespielt haben. Zeitzeugen berichten über markante protestantische Gestalten der Nachkriegsentwicklung.

Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hrsg): Zum Frieden berufen. Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1989.

Militärseelsorge ist ein hartes Geschäft. Der Pfarrer unter den Soldaten hat es nicht leicht. Manchmal zieht der „Wolken-Sheriff“ Bilanz.

Da sitze ich nun mit den Kompanie-Feldwebeln und mit den Vertrauensleuten der Unteroffiziere an einem Nachmittag zusammen. Zum Erfahrungsaustausch. Ich klage darüber, daß mein Dienst im ganzen schwerer geworden sei. Parallel zum Lebenskundlichen Unterricht werden andere Dienste angesetzt. Nicht immer wird Rüstzeit-Interessenten Sonderurlaub gewährt. Und anderes mehr.

Aus dem beifälligen Nicken heraus sagt auf einmal ein verständnisvoller Kompanie-Feldwebel: „Herr Pfarrer, damit müssen Sie sich abfinden. Sie sind eben im Standort das fünfte Rad am Wagen! Andere Dinge haben Vorrang!“

Das fünfte Rad. Ich muß gestehen, das hat mich ganz schön getroffen. Habe ich mich zu wichtig genommen? Sind die guten Gefühle des Angenommen-seins, ist das Wissen, gebraucht zu werden, nicht das Normale? Sind Erfolgserlebnisse auch im Leben eines Pfarrers die Ausnahme? Das fünfte Rad.

Ich habe darüber nachgedacht. Das fünfte Rad an meinem Pkw ist das Reserverad. Das Rad, auf das es im entscheidenden Moment ankommt. Erst kürzlich habe ich dafür, auf Anraten von Freunden, einen neuen Reifen gekauft. Das fünfte Rad am Wagen. Es ist ständig dabei. Still und unauffällig. Seine Aufgabe ist zunächst das Warten. Um im entscheidenden Augenblick da zu sein.

Ein schönes Gefühl, auf der Fahrt ein fünftes intaktes Rad dabei zu haben. Dabei sein und warten. Und bei Bedarf sich gebrauchen lassen. So gesehen, möchte ich gern das fünfte Rad sein. Günther Grigolet

(Auszug aus dem Werk »Zum Frieden berufen«

Für Politiker beten
K. Rüdiger Durth

„Betten für Bonn“ hat der Parlamentarische Staatssekretär **Horst Waffenschmidt** sein kleines Taschenbuch überschrieben, das in diesen Tagen erschienen ist und aus der Arbeit eines christlichen Politikers berichtet. Seine zentrale Feststellung lautet für Politiker und Nicht-Politiker gleichermaßen: „Wer für die politische Arbeit betet, bewegt damit die Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie.“

Auf den ersten Blick erscheint uns dieser Satz mehr als gewagt. Denn das Ansehen der Politik ist gegenwärtig nicht sehr gut. Und dann noch beten? Außerdem traut man dem Gebet, das immer mehr aus unserem Leben verschwindet, nicht mehr viel zu.

Waffenschmidt leugnet nicht die großen Versuchungen, denen der Politiker ausgesetzt ist. Und er weiß ebenfalls um die falschen oder fehlerhaften Entscheidungen, von denen ganz konkrete Menschen betroffen werden. Deshalb wendet er sich mit seiner Forderung auch an die Politiker selbst: „Wer betet, verbindet seine eigenen begrenzten Möglichkeiten mit den unbegrenzten Möglichkeiten Gottes.“

Dies macht Mut. Gerade in diesen aufgewühlten Tagen, in denen die Gesellschaft fassungslos vor einem sinnlosen Attentat steht und in denen weitreichende Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes fallen.

Kurz notiert

Südafrikanischer Kirchenrat kritisiert Präsident de Klerk

Johannesburg. Scharfe Kritik an den Reformvorstellungen von Präsident Frederik Willem de Klerk hat der Südafrikanische Kirchenrat geübt. In einer am Freitag, 27. April, in Johannesburg veröffentlichten Erklärung heißt es, de Klerks Reformkurs laufe auf eine Fortsetzung der Herrschaft der weißen Minderheit über die schwarze Mehrheit hinaus.

Der Präsident hatte in einem Interview mit dem Londoner „Weekend Television“, das vom südafrikanischen Fernsehen am vergangenen Wochenende in voller Länge übernommen wurde, gesagt, die von der Regierung mit dem Afrikanischen Nationalkongreß ausgehandelten Reformen müßten anschließend vom Parlament bestätigt werden. Die Konsequenz daraus sei, so der Kirchenrat, daß die Zukunft Südafrikas auch weiterhin von der weißen Minderheit und „ihren Junior-Partnern im gegenwärtigen Dreikammer-Parlament-System entschieden wird“. Der Südafrikanische Kirchenrat plädiert demgegenüber für eine allgemeine Wahl, die auch die Stärke der unterschiedlichen Gruppen innerhalb der schwarzen Bevölkerung zum Ausdruck bringt. (aus: epd)

Kirchentage in Ost und West arbeiten zusammen

Berlin/Fulda. Der politische Umbruch in Deutschland und die Konsequenzen daraus für die Kirchentagsarbeit in Ost und West beschäftigten Mitglieder der Präsidien des Deutschen Evangelischen Kirchentages der Bundesrepublik und der Evangelischen Kirchentage in der DDR bei einer Wochenendtagung in Kleinmachnow bei Potsdam. Diese Begegnungstagungen finden seit Jahren regelmäßig statt und dienen dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

Für die Zukunft wird eine größtmögliche Mitwirkung und Beteiligung aus der DDR an der Vorbereitung des Ruhrgebietskirchentages 1991 angestrebt.

Der Kirchentag 1993 soll gemeinsam vorbereitet und verantwortet werden. Weiterhin soll eine paritätisch besetzte Kommission gebildet werden, die Vorschläge für Strukturen entwickeln soll, in denen sich die gemeinsame Kirchentagsarbeit künftig vollziehen kann.

Der Pfingsttag kennt keinen Abend, denn seine Sonne, die Liebe, kennt keinen Untergang.

Aus der Klosterkirche von Marienthal, Niederrhein

Auch die Protestanten drängen auf Europa-Initiative

Bensheim. Nach der europäischen Initiative von Papst Johannes Paul II. drängen auch die Protestanten auf ein verstärktes gemeinsames Engagement ihrer Kirchen in Europa. Die Anregung zur Bildung einer Europäischen Evangelischen Synode gab der Leiter des Bensheimer Konfessionskundlichen Instituts, **Professor Reinhard Frieling**. Gerade angesichts des „unwahrscheinlich starken Engagements“ der römisch-katholischen Kirche sei das eigenständige evangelische Zeugnis im europäischen Einigungsprozeß notwendig, sagte Frieling.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, der West-Berliner **Bischof Martin Kruse**, betont gleichfalls, daß die Kirchen auf die neue Situation in Europa mit „neuen gemeinsamen Antworten“ reagieren müßten. In einem Beitrag für das „Berliner Sonntagsblatt“ weist er auf die neuen Möglichkeiten und Freiheiten für die Kirchen in Osteuropa hin, warnt zugleich aber vor neuen nationalen und konfessionellen Rivalitäten.

Der Konfessionskundler Frieling sagte weiter, die reformatorische „Freiheit eines Christenmenschen“ habe auch den Weg für das Nebeneinander autonomer Kirchen und souveräner Staaten freigemacht und einen politischen und kirchlichen Pluralismus begründet. Das Recht der Gewissensfreiheit müsse als evangelisches Anliegen in das neue Europa eingebracht werden.

Die Jugend in der DDR für neue Ideale gewinnen

Bonn. **Anton Pfeifer** (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Bonn, sorgt sich um ein bislang ziemlich vernachlässigtes deutsches Thema: „Die Jugend in der DDR darf nicht vergessen werden.“ Sofort fügt er aber hinzu: „Wir müssen uns vor jeder Bevormundung hüten.“ Denn auf keinem gesellschaftspolitischen Gebiet reagiert die DDR-Bevölkerung so allergisch gegen „Bevormundung“ wie auf dem der Jugend, Familie und Gesundheit.

Aus der Sicht Bonns, die von zahlreichen Besuchen und Gesprächen westdeutscher Politiker untermauert wird, mangelt es in der DDR an einer die Jugend ansprechenden und sie fördernden Politik: Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) hat als Staatsjugend mehr oder weniger ausgedient. Mit den „Blauhäuten“ will niemand mehr etwas zu tun haben. Bleibt nur die kirchliche Jugendarbeit.

Doch hier darf man sich, so das Bundesjugendministerium, keinen falschen Hoffnungen hingeben. Die meisten jungen Menschen auch in der DDR stehen der kirchlichen Arbeit skeptisch gegenüber. Die Säkularisierung (Verweltlichung) hat unter dem Sozialismus noch mehr zugenommen als unter den Bedingungen der Wohlstandsgesellschaft im Westen.

Einig aber sind sich die Regierungen de Maiziere und Kohl: Die Jugend darf sich nicht selbst überlassen bleiben. Sie sucht sinnvolle Angebote, die möglichst breit gestreut sind. Auch hier will der Parlamentarische Staatssekretär Pfeifer Hilfe anbieten. Allerdings ist die Voraussetzung, daß sie von Ost-Berlin auch gewünscht ist. Große Hoffnungen setzt er in die **Städtepartnerschaften**, weil auf diesem Boden wirklich ein breites Spektrum angeboten werden kann. Gleichzeitig lassen sich aus Pfeifers Sicht auch die **Kirchen einbinden**, die darüber hinaus zahlreiche weitere Möglichkeiten haben: Auswei-

tung des bisherigen Angebots, Jugendaustausch zwischen den Kirchen im Bundesgebiet und in der DDR sowie auf der ökumenischen Ebene.

Um Jugendarbeit zu betreiben, benötigt man Räume und Gebäude. Über diese verfügt die FDJ in großer Zahl. Gegenwärtig wird die Rechtslage geprüft: Man geht davon aus, daß ein erheblicher Teil dieser Jugendhäuser und -clubs anderen Trägern zur Verfügung gestellt wird – den Kirchen, den Städten, neuen Jugendclubs, die sich bilden. Nicht zuletzt will man auch den Breitensport für die junge Generation in der DDR öffnen, der bislang ein kümmerliches Dasein im Schatten des international beachteten Spitzensports führte. Nur wenn es gelingt, die Jugend für neue Ideale zu gewinnen, die diesen Namen auch verdienen, wird man aus der Sicht der beiden deutschen Regierungen gefährliche Entwicklungen vermeiden können. Denn eine Jugend, die sich in ihrer Freizeit langweilt und keine Entfaltungsmöglichkeiten hat, zieht sich zunehmend aus der Öffentlichkeit zurück. Außerdem ist sie anfälliger für Drogen und ungesetzliche Handlungen.

Das Problem ist erkannt. Aber mit Ausnahme der Kirchen fehlt es an qualifizierten Jugendarbeitern, die nicht der alten Ideologie unterworfen sind. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wohl die meisten jungen Menschen in der DDR eine Abneigung gegen jede feste Organisation haben – der Zwang der FDJ wirkt noch lange nach. Hier wird ein hohes Maß an Feingefühl notwendig sein.

Der Bonner Ansatz – **Hilfe statt Einmischung** – bietet eine gute Voraussetzung für praktische Maßnahmen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die evangelische Kirche in der DDR sehr intensiv an den konkreten Gesprächen mit dem Staat beteiligt, ihre bisherigen Erfahrungen einbringt und sich neuen Modellen nicht verschließt. Denn die frohe Botschaft, die die Kirche zu verkündigen hat, darf nicht an der Jugend vorbeigehen. Hier bieten sich auch in einer so säkularen Gesellschaft wie der DDR gute Möglichkeiten, die auch gern ergriffen werden. (aus: idea)

K. Rüdiger Durth in: idea

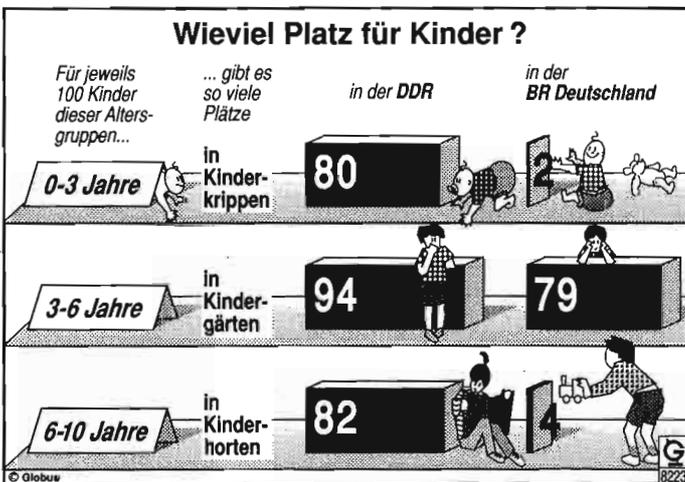
Frauen leiten die Synode

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wird künftig von Frauen geleitet. Erstmals sind vier von fünf Mitgliedern des Synodenpräsidiums weiblichen Geschlechts. **Rosemarie Cynkiewicz**, künftig Präses der Synode, sagte nach dem Wahlerfolg der Frauen bei der in Ost-Berlin tagenden Bundessynode: „Nun entspricht die Zusammensetzung unseres Synodalpräsidiums der unserer Gottesdienstbesucher.“ Zu Präses-Stellvertretern wurden die Pastorin Evamaria Taut (Dresden) und der Arzt Alwin

Wie Haack weiter mitteilte, wurde in Eisenach eine Veranstaltung der Mun-Sekte in einem kirchlichen Haus erst in letzter Minute verhindert, als der „wahre Hintergrund“ des als wissenschaftliches Forum getarnten Treffens bekanntgeworden sei.

In Jena wurde eine Veranstaltung des Neuen Forums abgesagt, weil sich herausstellte, daß sich dahinter die LaRouche-Bewegung verbarg, eine nach Haacks Angaben „als Partei getarnte Polit-Sekte“.

Auch staatliche Adressen stünden bei den Sekten hoch im Kurs. So hätten die Zeugen



Fürle (Bernburg) gewählt. Beisitzerinnen wurden die Krankenschwester Angelika Dreikopf, eine sächsische Synodale, und die Sachbearbeiterin Ingeborg Bienert, die von der Konferenz der Kirchenleitungen als Synodale berufen war.

(aus: epd)

DDR: Sekten versuchen, Staat und Kirche zu vereinnahmen

München. Religiöse Sekten und ihre Tarnorganisationen versuchen zunehmend, Kirchen und öffentliche Einrichtungen in der DDR für ihre Zwecke einzuspannen. Dies berichtete der bayerische evangelische Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen, **Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack** (München), nach einer Informationsreise zu Kirchen und Parteien in Thüringen. Zugleich forderte er die westdeutschen Kirchen auf, ihre Partner in der DDR in großem Umfang mit Informationsmaterial über Sekten zu versorgen. Er schlug vor, Geistlichen aus der DDR spezielle Schulungen anzubieten.

Jehovas das Kulturhaus der Grenztruppen in Eisenach als Daueradresse für ihre Veranstaltungen benutzen wollen. Die Bahai-Religion gebe in Werbematerialien den Vorsitzenden des Eisenacher Kulturbundes als Referenz an.

Außerdem bemühte sich die in der DDR schon weit verbreitete Scientology-Kirche offensichtlich um Niederlassungen in Ost-Berlin sowie Leipzig oder Dresden und die Mun-Bewegung in Chemnitz. Haack liegen Briefe vor, in denen DDR-Bewohner von Scientology-Vertretern zur Übersiedlung in den Westen oder zum Briefversand von Westgeld für Scientology-Kurse aufgefordert wurden. Kritisch beurteilte Haack auch die Aktivitäten der Anthroposophie, die nach seiner Einschätzung in der DDR jetzt ihre große Zeit hat. Überall seien sogenannte Waldorfschulen in der Planung. Niemand wisse, „daß es sich dabei um weltanschaulich gebundene Schulen handelt“

(aus: epd)

Aus unserer Arbeit

Die DDR-CDU nicht bevormunden und nicht im Stich lassen

Freiburg. Zur Zurückhaltung und Mäßigung bei dem Umgang mit der CDU in der DDR haben die beiden EAK-Landesvorstände von Baden und Württemberg auf ihrer gemeinsamen Vorstandssitzung in Pforzheim gemahnt: Das „Überstülpen“ organisatorischer Strukturen wie eines 'Evangelischen' Arbeitskreises sei weder sinnvoll noch zweckdienlich, vielmehr sollte das inhaltliche Gespräch zwischen Kirche und Politik gesucht werden.

Die Fragen darüber, wie ein solcher Dialog aussehen könnte und welche Mitwirkung von westlicher Seite aus möglich wäre, bildeten einen Schwerpunkt der Beratungen. Übereinstimmung herrschte zwischen den beiden EAK-Landesvorständen, daß ein 'Evangelischer' Arbeitskreis für die DDR-CDU abzulehnen ist: Von den dort in der Minderheit befindlichen Katholiken müsse ein solcher Arbeitskreis als Affront verstanden werden, führte der württembergische Landesvorsitzende, **Uwe Wienholz** (Bietigheim), aus. Die Brückenfunktion zwischen Kirche und Politik, ergänzte **Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski** (Schriesheim), badischer Landesvorsitzender, sollte sinnvoller von einem Arbeitskreis „Kirche und Politik“ übernommen werden. Wienholz forderte weiter, die Angst von DDR-Politikern und der Bevölkerung davor ernst zu nehmen, von westlicher Seite alles „übergestülpt“ zu bekommen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, organisatorische Fragen würden für den Westen im Mittelpunkt stehen. Notwendig und erforderlich sei es, das inhaltliche Gespräch zu suchen. Entsprechend wurde die Einrichtung eines „Deutschlandforums“ durch den EAK-Bundesvorstand einhellig begrüßt, zugleich erklärten die beiden Vorstände, dem CDU-Landesverband für Gespräche und Mitarbeit auf regionaler Ebene zur Verfügung zu stehen.

Abschließend forderte Pawlowski, sich der Frage zu stellen,

ob der Gedanke der deutschen Vereinigung allein an der Vergangenheit ausgerichtet wird, oder zukunftsorientiert, auf ein Deutschland in Europa hin, ist. – Weiterer Schwerpunkt der Beratungen bildete dann ein Referat von Akademiedirektor i. R. **Dr. Wolfgang Böhme** zur Weltkirchenversammlung in Seoul: Dort seien, so Böhme, sozialistische Gesellschaftsmodelle noch zu einem Zeitpunkt vertreten worden, als in den Staaten des Ostens schon das Scheitern des Sozialismus feststand. Im organisatorischen Teil der Sitzung unterstrich der Stellvertretende Vorsitzende von Baden, **Dr. Michael Feist**, die Notwendigkeit eines Theologischen Arbeitskreises auf EAK-Bundesebene.

„Ein offenes und kritisches Forum“

Trier. Einen Evangelischen Arbeitskreis haben Mitglieder der CDU-Kreisverbände Trier-Saarburg und Trier-Stadt (jetzt auch in Trier) gegründet.

Christen evangelischen Glaubens fanden sich zusammen, um mit diesem Arbeitskreis ein offenes und kritisches Forum für Grundsatzdiskussionen innerhalb der CDU und der Öffentlichkeit zu schaffen. Der Arbeitskreis ist laut CDU-Pressedienst von seinem Selbstverständnis her nicht an „kurzzeitige tagespolitische Themenstellungen“ gebunden. Er möchte Impulse sowohl aus den evangelischen Gemeinden in die CDU und auch Impulse aus dieser Partei in die Diskussion der Gemeinden transformieren helfen. Demzufolge ist er für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus den genannten Kreisen offen.

Der CDU-Kreisvorsitzende von Trier-Stadt, **Christoph Böhr**, wertete deshalb die Gründung des Arbeitskreises als einen Beitrag dazu, die christlichen Grundwerte in der Politik der CDU deutlicher zu betonen. Der Initiator des Arbeitskreises, **Rainer Schons**, wurde als Vorsitzender gewählt.

Im Fall einer Pflegebedürftigkeit umfassend versorgt

Wermelskirchen. Drei Monate sind seit der feierlichen Eröffnung des neuen Alten- und Pflegeheims „Haus Vogelsang“ der Rheinischen Gesellschaft für innere Mission und Hilfswerk, – der Diakonie – vergangen. Drei Monate voller Arbeit und Organisation. Die Anlaufprobleme sind überwunden, und das Haus „Am Voglesang Nr. 14“ in Wer-

Auch ambulante Pflege für altersverwirrte Menschen soll in Wermelskirchen eingeführt werden und ab April diesen Jahres kommt ein geronto-psychiatrischer Dienst hinzu.

„Daß für eine gute Pflege auch gut motivierte Pflegekräfte nötig sind“, war einhellige Meinung des EAK-Vorstandes und: „Daß in der Öffentlichkeit und in den entsprechenden Gremien dafür gesorgt werden muß, daß das Ansehen der sozialen Dienste gesteigert wird.“



Von rechts: Dr. Hans Horn, Landrat Dr. Rolf Hahn, Friedel Burghoff, Pfarrer Friedrich-Michael Barth, Ernst Landgrebe.

melskirchen präsentierte sich als fertige und funktionierende Einrichtung dem Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises, Bezirk „Bergisches Land“, der am 20. März 1990 unter der Leitung seines Vorsitzenden **Dr. Hans Horn** zu einem Besuch gekommen war. **Adelhart Gottschau**, Geschäftsführer des Hauses, und Pfarrer **Friedrich-Michael Barth** von der Leitung des Hauses erläuterten den kirchlich engagierten CDU-Politikern die Vorstellungen und die weitreichenden Pläne seiner Gesellschaft für das, was in Wermelskirchen neben dem bisher bestehenden Altenheim entstanden ist.

Für die Menschen, die heute dank bester medizinischer Versorgung und eines optimalen sozialen Umfeldes immer älter – und dabei oft pflegebedürftig – werden, muß die Innere Mission Einrichtungen schaffen, die vom einfachen Wohnen bis hin zur schweren Pflege alles in einem Haus bieten kann, damit der alte Mensch nicht mehr aus seiner gewohnten Umgebung heraus muß, wenn er sich selber nicht mehr helfen kann.

„Weg vom starren Pflegesatz“

Selbecker Dorf. Mehr Differenzierung bei den Pflegesätzen, weg von dem jetzigen, starren Zahlungssystem, bei dem pflegebedürftige alte Menschen nur noch Sozialhilfeempfänger sein können. So stellt sich Pfarrer **Dr. Dieter Hildemann**, Direktor der Theodor-Fliedner-Werke, die Zukunft des Pensionärsdaseins vor. Auch sieht er statt noch mehr geschlossener Pflegeheime eine Öffnung des Lebensabends, in dem alte Menschen in Wohngemeinschaften zusammenleben, sich gegenseitig unterstützen und nur die Leistungen bezahlen müssen, die sie wirklich benötigen.

Mit dieser provokanten Forderung konfrontierte Hildemann Mitglieder des „Evangelischen Arbeitskreises der NRW-CDU“, die mit ihrem Vorsitzenden **Dr. Hans-Ulrich Klose** (MdL) in das Selbecker Dorf gekommen waren. **Renate Sommer**, ebenfalls im EAK-Landesvorstand, hatte den Kontakt vermittelt, um den Landespolitikern einen Eindruck von der Arbeit des Theodor-Fliedner-Werkes zu vermitteln.

In seiner Antwort stellte Dr. Klose allerdings klar, daß es auch zukünftig Pflegeheime geben werde, weil immer mehr junge Menschen durch den Beruf von ihren Eltern auf große Entfernungen getrennt würden. Wichtiger sei jedoch, daß sich das Pflegepersonal gewaltig umstellen müsse, nicht bei der reinen Aufgabenerledigung bleiben dürfe.

Glaubensorientiertes Wertesystem gefordert

Ettlingen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Ettlingen befaßt sich mit den Grundwerten in Politik und Gesellschaft und fand mit dem Vortragsabend zum Thema „Lebens- und Erziehungshilfen – die neuen Seelenkrankheiten“ im Herz-Jesu-Zentrum – reges Interesse. Die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin **Christa Meves** zeichnete in ihrem engagierten Vortrag ein deutliches Bild unserer Gesellschaft und hob den Wert der Familie und der Erziehungsarbeit durch Mütter und auch durch Väter besonders hervor. Frau Meves wandte sich gegen eine verfrühte Fremderziehung der Kinder und sprach sich für weitergehende Hilfen für junge Familien aus.

Die Autorin unterstrich, daß das gegenwärtige Machbarkeits-, Konsum-, Leistungs- und Anspruchsdenken überbetont sei, und ein glaubensorientiertes Wertesystem und ein neues, verantwortungsbewußtes Miteinander in den Familien und in der Gesellschaft gefragt seien, wie dies auch der Präses der Kolpingfamilie Ettlingen, **Prof. Hans Eichhorn**, eingangs forderte. Die lebhaft geführte Diskussionsrunde leitete **Wolfgang Egger**.

Licht im Osten? Kirchen sind herausgefordert

Königsfeld. Licht im Osten? Unter dieser Frage stand die Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Schwarzwald-Baar in Königsfeld. EAK-Kreisvorsitzender **Reinhard Bauer** konnte mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises Baden – **Dr. Michael Feist**, Karlsruhe – einen sehr interessierten Zuhörerkreis begrüßen. Die Eingangsfrage

„Licht im Osten?“ zog sich wie ein roter Faden durch das Referat von Michael Feist.

Er sieht Glasnost und Perestroika als eine Herausforderung für Kirche und Christsein. Es gebe auch viele Ansatzpunkte dafür, daß die Menschen im Osten diese Herausforderung annehmen. Dafür nannte Dr. Feist viele Beispiele, und er stellt zum Schluß fest: Die Kirchen im gesamten europäischen Osten besitzen große Chancen, als Reformkräfte, als Wertvermittler, als Ort der Seelsorge. Sie hätten große Aufgaben vor sich, gerade im Gegenüber von Staat und Kirche und in der Aufarbeitung der Vergangenheit. Er appellierte an die Zuhörer, den Christen im Osten zu helfen beim Zurechtfinden mit den Möglichkeiten der Freiheit.

Der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft

Pinneberg. „Ethische Wirkungen der Sozialen Marktwirtschaft – Antworten auf kirchliche Kritik –“ ist der Titel einer Broschüre, die der Wirtschaftsrat der CDU e. V. Landesverband Schleswig-Holstein herausgegeben hat.

Vor dem EAK im CDU-Kreisverband Pinneberg hat der Kreisvorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU, **Reimer Lange**, zugleich stellvertr. Kreisvorsitzender des EAK, diese Broschüre vorgestellt und ausführlich erläutert.

Ziel dieser Veranstaltung war es, das System der Sozialen Marktwirtschaft zu erläutern, den immer wieder auftretenden Mißdeutungen entgegenzuwirken und die Vorzüge aufzuzeigen, die dieses System für unsere Gesellschaft gegenüber Zentralverwaltungswirtschaften hat.

Der EAK-Kreisvorsitzende **H. Bleckmann** vertrat zu Beginn dieser Veranstaltung die Auffassung, daß es nötig sei, intensiver das Gespräch über die Grundlagen politischen Handelns zu führen. Aus diesem Grunde wird der EAK im Kreis Pinneberg zunächst bis zur Bundestagswahl einmal monatlich derartige Gesprächsabende anbieten.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Karl-Heinz
Hornhues, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Thomas Kruchem
Dantestr. 98 B
6900 Heidelberg

Dr. Ingo Friedrich, MdEP
Bahnhofstr. 14
8820 Gunzenhausen

Ernst Zuther
Buechlweg 23
8024 Oberhaching

Staatssekretärin
Dr. Hedda Meseke
Niedersächsisches
Ministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
Calenberger Str. 2
3000 Hannover 1

Pfarrer
Burkhard Budde
Werbürger Str. 6
4905 Spenge

Aus dem Inhalt

Neue Hoffnung für
Südafrika 1

Verwandelt sich Südafrika? 3

Voraussetzungen einer
realistischen
Südafrika-Politik des
Westens – vor dem
Hintergrund beginnender
Verhandlungen zwischen
Schwarz und Weiß 4

Die DDR-Wirtschaft auf
dem Weg in den
EG-Binnenmarkt 6

Ökumene – wohin? 8

Protestantische Profile
Dr. Hedda Meseke 10

Zuwendung zum ganzen
Menschen im Horizont des
christlichen Glaubens 11

Büchermarkt 12

Kurz notiert 13

Aus unserer Arbeit 14

Bitte beachten: Änderung des Ortes

1. EAK-Deutschland-Forum

„Ein Volk durch Gerechtigkeit.“

Pfingstmontag, 4. Juni 1990, 11-15 Uhr
Berlin (Ost), Kongreßhalle, Alexanderplatz

Geplanter Ablauf

11.00 Uhr Geistliches Wort

11.15 Uhr **Eröffnung**
Peter Hintze, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Bonn

11.30 Uhr **1. Gesprächsrunde**
Konrad Weiß
Prof. Dr. Rita Süßmuth
Cordula Schubert

12.00 Uhr **2. Gesprächsrunde**
Eberhard Dieppen
Bischof Dr. Gottfried Forck

12.30 Uhr **3. Gesprächsrunde**
Dr. Wolfgang Ullmann
Christa Thoben

Moderator
Dr. Klaus Kleber, Rias Berlin

13.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen

13.30 Uhr **Plenumdiskussion**
Fragen an die Teilnehmer der Gesprächsrunden

14.45 Uhr **Schlußwort**

Informationen und Anmeldungen:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU,
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 544-305